

Elberfelder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Elberfelder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgefasste Petition oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Dienstag, den 8. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rechtlose: Studenten und Dienstboten.

Eine allgemeine Parlamentsfahrt und Volksvertretungsschuß hat die deutschen Regierungen ergriffen. Die Wiedereinberufung des Reichstages, die schon wegen der Fleischnot, der Königsberger Gottesgnadenrede und der Scharfmacherheze der Staatsstreicher dringend notwendig wäre, schob man bis zum letztmöglichen Termin heraus. Vom Sächsischen Landtag will, seit 25 Sozialdemokraten darin sitzen, die Regierung überhaupt nichts mehr wissen. Entsetzt wehrt sie auf ganzen Spalten welchen Papier die Zulassung einjähriger Staatsperioden oder wenigstens alljährlicher Berufung des Parlaments ab, und geradezu anarchistisch-antiparlementarisch verkündet sächsisch-ministerielle Weisheit, das Volk habe ja auch noch andere Instrumente, seinen Willen zum Ausdruck zu bringen als die Volksvertretung, z. B. Eingaben, Versammlungen, Revolutionen — Hungerdemonstrationen und politischen Massenstreik brauchen wir bloß noch hinzuzufügen. Selbst Preußens verunkertes Dreiklassenparlament mag B e t h m a n n , der Ruhebedürftige, in diesem Jahre nicht mehr sehen. Seit ihm dort die 6 Sozialdemokraten mit dem kräftigen Pfui der Empörung über seine Schandreform empfingen, seit ihm selbst sein innigstgeliebter schwärzgrüner Block die Wahlrechtsvorlage vor die Füße warf, betrachtet, scheint's, B e t h m a n n nicht nur den Reichstag des gleichen Wahlrechts, sondern alle Parlemente als verschwendend und verrohend. Mit dem alten Dichter Horaz hätte er das gemeine Volk und hält es von sich fern.

Und doch hätten alle Parlemente reichlich zu tun, wollten sie nur den grössten mittelalterlichen Schutt aus Deutschland fortträumen, nur die schlimmsten Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen. Gerade diese Novembertage lenken den Blick auf eine Hundertjahrfeier der Schanze. Am 8. November 1810 erging die preußische Gesindelordnung, die im größten Teile Preußens heute noch Geltung hat. Sie ist ein klassisches Dokument der Rechtlosigkeit der Arbeit in früherer Zeit. Eine Arbeitszeit, ein Arbeitsende, einen Anspruch auf Ruhe kennt sie noch nicht. Mit der ganzen Person verkauft sich der Dienstbote gleich dem Sklaven und militärischer Kadavergehorsam wird seine Pflicht. Wenn zu irgendeiner Tages- oder Nachtzeit die „Herrschaft“ zur Arbeit ruft, muß er folgen; sonst kann er nicht nur sofort entlassen, sondern auch nach Wahl der Herrschaft polizeilich mit drei Tagen Haft wegen Ungehorsams und Widerpenitigkeit gegen die Befehle der „Herrschaft“ bestraft werden. Dieser unbegrenzten Arbeitspflicht stehen so gut wie keine Rechte der Dienstboten gegenüber. Nur auf n o t d ü r f t i g e (nicht auf angemessene oder ausreichende) Rost haben sie Anspruch. Verlassen sie vorzeitig einen schlechten Dienst, so holt die Polizei sie mit Gewalt in die verhaftete Arbeitsstelle zurück und kann wiederum Haftstrafen verhängen. Für die Herrschaft aber existieren tausend Gründe, das Mädchen, wenn sie will, sofort zu entlassen, z. B. wegen jedes Schimpfwortes gegen die Herrschaft, das umgekehrte Dienstboten sich ruhig gefallen lassen muß. Selbst körperliche Züchtigung berechtigt das Mädchen nicht, den Dienst zu verlassen. Genommen worden ist das Prügelrecht den Herrschäften überhaupt erst seit dem Jahre 1900, seit dem Strafcode des Bürgerlichen Gesetzbuches. Seitdem kann das Dienstmädchen, das geprügelt wird, Strafantrag wegen fälscher Beleidigung oder Körperverletzung gegen die Herrschaft stellen. Aber im Dienst muß sie bleiben, den darf sie nur „wegen ausschweifender und ungewöhnlicher Härte“ der Dienstherreßt verlassen, und für ungewöhnlich haben die Gerichte das Prügeln von Dienstmädchen, von Minderjährigen wie von Erwachsenen, noch nicht erklärt. Auf den verdienten Lohn hat der Dienstbote nur einen ganz ungewissen Anspruch; denn der Herrschaft ist es erlaubt, sich für die vom Dienstboten aus Unachtsamkeit zerbrochenen oder verlorenen Gegenstände am Lohnen schadlos zu halten. Ein Auflehnen gegen Lohnabzüge wie gegen alles andere Unrecht macht aber den Hausgehilfen schon das Dienstbuch unmöglich, das sie wie eine Sklavenkette zeitlich mit sich herumschleppen müssen. Kurz, diese preußische Gesindeordnung ist anti sozial und miserabel. Das gesamte Proletariat empfindet aber diese mittelalterliche Härigkeit, diese Leibeigenschaft einer Arbeiterschicht, als eine ihm zugefügte Beleidigung und fordert mit aller Entschiedenheit und Leidenschaft die Abschaffung dieser Gesindeordnungen, dieser Gesindeskavalerie.

Ist die Rechtlosigkeit der Dienstboten skandalös und tragisch, so ist die der Studenten eher dummkopfisch und lächerlich. Die Studenten rechthablos? Wer denkt da nicht sofort an die Bonner Borsussen, die mehr getobt und schlammten Landsiedlungsbruch verlitten haben, als alle die armen Exzedenten von Moabit zusammengekommen und denen doch kein Härcchen gekrümmmt wurde! Aber nicht jeder Student hat den Kaiser und Kronprinzen zum Körpsbruder. Nicht jeder Student ersäuft sein bisschen Kraft und Verstand in Wein und Champagner, und nicht viel weniger Studenten stellen ihre frische Arbeitslust in den Dienst der studentischen Arbeiterunterrichtskurse in den Elementarsäcken, als sich in den Kaufs- und Saufverbündungen vereinigen. Und diese ernsten, diese arbeitenden Studenten sind den Behörden gegenüber tatsächlich rechtlos. Auch die Disziplinarordnungen für Studenten stammen aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts, aus der Zeit der Demagogie, da man noch in jedem Studenten eine Gefahr für den absoluten Monarchen von Gottes Gnaden, einen umstürzlerischen Vorkämpfer des nach Macht strebenden Bürgertums sah. Aus dieser Periode der Denunzianten- und Hochverratsprozesse gegen die Burschenschaften, die schwarz-rot-gold für Deutschlands Einheit und Freiheit schwärzten, stammen die längst veralteten Straffasungen gegen die jungen Studierenden, die bis heute noch ängstlich konserviert werden, um jede freiere Betätigung der Studierenden, insbesondere jede sozialistische Agitation unmöglich zu machen. Vieles an diesen Bestimmungen ist nur noch zum Lachen da; so das Gebot in Kiel, daß, wer einen Nachtwächter totschlägt, bestraft werden soll, „wie wenn er einen Menschen erschlagen hätte“. Oder das Tübinger strenge Verbot, große Hunde mit sich zu führen. Aber von vielen total überlebten Bestimmungen machen die Reaktionäre auf Lehrstühlen noch gern Gebrauch. Ein Vereins- und Versammlungsrecht gibt es für die durchschnittlich 22 Jahre alten Studenten nicht. Jede Versammlung bedarf der Genehmigung des Rektors, jeder Verein muß trost Reichsvereinsgebet Sagungen und Mitgliederliste den Behörden einreichen. Gegen Verbote und Auflösungen gibt es kein anderes Hilfsmittel, als die Beschwerde an das Ministerium, mit der man bekanntlich den Teufel bei seiner Großmutter verklagt. So ist es gekommen, daß alle sozialwissenschaftlichen Studentenvereine an Preußens hohen Schulen nach kurzem Bestande aufgelöst wurden, daß selbst die harmlosen Freien Studentenschaften endlosen Schwierigkeiten und Schikanen begegnen. Vorträge von Sozialdemokraten in studentischen Vereinen sind allgemein strikt verboten. Aber selbst als der Oberagrarian und Schnapsbrenner Kreth in den letzten Tagen vor Halleischen Studenten einen Vortrag halten wollte, verbot der Rektor die Diskussion, worauf die Studenten die Veranstaltung natürlich ganz ablehnten. Wehrlos sind die Studenten jeder Willkür preisgegeben, die mit den akademischen oder burokratischen Verwaltungsbehörden in Konflikt geraten. Die schwersten Strafen, wie dauernder Ausschluss vom Studium, Entfernung von der Universität oder Rechnungsrechnung von Semestern, können verhängt werden, ohne daß der Beschuldigte irgendwelche Gelegenheit zur Verteidigung hätte. Selbst eine Urteilsbegründung erfährt er niemals!

Es ist charakteristisch für die deutschen Studenten, daß sie sich diesen Zustand der absoluten Rechtlosigkeit jahrzehntelang haben ruhig gefallen lassen. Jetzt endlich haben Protestversammlungen der Akademiker in 15 deutschen Universitätsstädten stattgefunden und Redner aller Parteien haben sich für eine gründliche Reform der Disziplinarordnungen erklärt. Wie wenig auf solche Verprechungen von bürgerlicher Seite zu geben ist, werden die Studenten noch kennen lernen. Wie wenig Kampfesmut in den deutschen Hochschülern steckt, wissen wir schon sehr genau. Trotzdem verdient auch ihr Vorgehen Beachtung; denn es erinnert auch die herrschenden Schichten des Bürgertums daran, wie tief Deutschland noch im junkerlichen Mittelalter steckt, wie nahe verwandt es noch mit dem Kodakereich ist, dessen blutiger Herrscher Nikolaus II. Wilhelm II. in Potsdam den Bruderkuß des internationalen Gottesgnaden- und Selbstherrschertums aufdrückte.

Politische Rundschau

Deutschland.

Drei neue Gesetzesvorlagen.

Der Reichstag wird sich in seiner ersten Sitzung am 22. November mit drei neuen Gesetzesvorlagen zu beschäftigen haben, deren Inhalt wir hier kurz skizzieren wollen.

Das Gesetz zum Schutze des zur Herstellung von Reichsbanknoten verwendeten Papiers bestimmt, daß solches Papier ohne Glaubnis des Reichskanzlers weder angefertigt oder aus dem Aus-

land eingeführt, noch verkauft, seitgehalten oder sonst in Verkehr gebracht werden darf. Wer gegen diese Bestimmungen verstößt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, und, wenn das Papier unbefugterweise zur Herstellung von Papiergeleb verwendet werden sollte, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.

Der Entwurf eines Gesetzes über Andeutung des Gerichtskostengegesetzes ist bedingt durch die Neuregelung der Strafprozeßordnung. Grundsätzliche Änderungen enthält er nicht.

Die Vorlage des Gesetzes über die Belebung von Tierekademie ist seinerzeit bei der Beratung des Viehseuchengesetzes bereits versprochen worden. Es wird bestimmt, daß Kadaver oder Kadaverteile nur bedingt zur Verwertung zugelassen werden. Inwieweit eine solche Verwertung zulässig ist, bestimmt der Bundesrat. Die Neuregelung ist deshalb notwendig, weil zunächst einmal in Deutschland über das Abdeckereiweisen die verschiedensten Bestimmungen bestehen, und weil neuere Forschungen ergeben haben, daß Ansteckungskette in Tierkadavern fortleben, und daß dadurch mit der Zeit immer wieder Krankheiten austreten können.

Die künftigen Reichstagswahlen.

In der Wochenschau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird angenommen, daß bei den nächsten Wahlen die Stimmenzahl der Sozialdemokratie um 10 v. H. steigen werde. Unter dieser Voraussetzung würden ernstlich bedroht sein 16 Wahlkreise (rund ein Drittel) der Fortschrittlichen Volkspartei, 18 Kreise (über ein Drittel) der nationalliberalen Partei, 8 Kreise (etwa die Hälfte) der Wirtschaftlichen Vereinigung bzw. der Reformpartei, 13 Kreise (über die Hälfte) der freikonservativen Reichspartei und 19 (über ein Fünftel) der deutschkonservativen Partei. Von den Kreisen des Zentrums sind nur 6 (der siebzehnte Teil) bedroht.

Den liberalen Parteien soll damit offenbar zu Gemüte geführt werden, daß sie am schlimmsten bedroht sind und deshalb allen Ansatz haben, einer Politik der Sammlung zugestimmen. Die „Deutsche Tageszeitung“ malt noch schwärzer als wie das Organ des Kanzlers, sie bemerkt nämlich zu dieser Rechnung: „Unseres Erachtens wird man nicht die Zahlen der Wahlen von 1907, die unter besonderen Umständen stattfanden, zum Vergleich heranziehen dürfen, sondern die von 1903.“

Reichstagskandidaturen.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die aus einer Auflösung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schließen zu können glaubt, daß die Reichstagswahl nicht vor dem Frühwinter des nächsten Jahres stattfinden, teilt mit, daß eine außergewöhnlich große Zahl von Kandidaten bereits aufgestellt seien. Es sollen bisher aufgestellt sein:

65 deutschkonervative Kandidaten, 22 freikonservative, 31 der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Reformpartei, 68 nationalliberale, 80 fortschrittliche, 39 Kandidaten des Zentrums, 13 polnische, 92 sozialdemokratische, 4 Kandidaten der Demokratischen Vereinigung und 4, deren Parteistellung unbekannt ist.

Die Zahl der nominierten sozialdemokratischen Kandidaten ist viel größer, als hier angegeben.

Jugenddrill für den Militarismus.

Gegen die sozialdemokratische Beeinflussung der Jugend sollen neue Register gezogen werden. Die „Militär-Korrespondenz“ meldet:

„Schon lange vor den Moabitier Unruhen, an denen, wie erneut bei den Ruhestörungen am Weddinger, unerhörtスマig viel halbwüchsige Burschen beteiligt gewesen sind, haben zwischen verschiedenen preußischen Ministerien Erwägungen darüber stattgefunden, ob die heutige Art der schulentlassenen Jugend nicht eine wachsende nationale Gefahr in sich birgt.“

Den Anstoß zu diesen inzwischen zu greifbaren Vorschlägen gediehenen Beratungen hat die Heeresverwaltung gegeben. Es häufen sich vornehmlich in Garnisonen mit Eltern aus den Industriegebieten, auch Sachsen und Süddeutschlands, die militärischen Klagen über die moralische Qualität des Recruitenmaterials. Schlechter Wille und passive Resistenz erschweren in nicht mehr vereinzelten, auf Ziel bewußte Beeinflussung oder sittliche Bemahnung zu durchzuführenden Fällen die Ausgangsstadion der Ausbildung. Bei einer ganzen Reihe bestimmter Gruppenteile in solch keilförmigem Maße, daß die verschiedenen Kriegsministerien sich zu scharfer Stellungnahme veranlaßt geheißen haben.

Militärischerseits wird die obligatorische Fortbildungsschule bis mindestens bis zum 18. Lebensjahr als eine vornehmlich ausreichende Lösung des jetzigen Zustandes an-

geschen, den man als eine ernste Gefahr der Schlagfertigkeit unseres Heeres bezeichnet. Für Preußen sind von den verschiedenen für eine derartige Einrichtung in Frage kommenden Ressorts — dem Kultus-, Handels- und Landwirtschaftsministerium — die Kosten auf etwa 10 bis 12 Millionen Mark veranschlagt worden.

Wie bald jedoch diese von sehr hoher Stelle genehmigten Bestrebungen sich zu einer Gesetzesvorlage verdichten werden, steht schon in Rücksicht auf die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel noch dahin."

Warten wir ab, was dabei herausbringt!

Wieder ein General als Scharfmacher.

Der unter Leitung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gegründete Deutsche Frauenbund ließ sich auf einer in Halberstadt abgehaltenen Versammlung von dem Generalleutnant z. D. v. Wrochem einen Vortrag halten, in welchem der General nach dem Bericht der „Halberstädter Allg. Zeit.“ erklärte:

„Es ist überhaupt zu bedauern, daß die Behörden nicht mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die staatsfeindlichen Umtriebe der Sozialdemokratie vorgehen und daß sich die Meldung, bei den Streik-Umruhen in Ulm seien Hunderte von Demonstranten niedergehauen worden, nicht bewahrheitet hat.“

Es fällt auf, daß an der Spitze so ziemlich aller reaktionären Vereinigungen, die in den letzten Jahren unter Beihilfe der Reichsverbändler gegründet wurden, inaktive Generäle stehen. Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert ist offenbar der Meinung, daß diese einstigen Generäle, die meist der Heeresverwaltung nicht mehr brauchbar genug erschienen sind, für solche Zwecke noch recht geeignet erscheinen. Wenn man die rührige Tätigkeit dieser Herren betrachtet, dann muß man doch fragen, ob die Heeresverwaltung diese Herren, die über eine Gesundheit verfügen, um die sie mancher Arbeiter beneiden muß, nicht noch anderweit beschäftigen könnte, statt daß man ihnen aus den Taschen der Steuerzahler hohe Pensionen gibt. Auch die Mittel des Pensionssets ließen aus indirekten Steuern, die in der Haupstache als Kopfsteuern eben von jenen Massen aufgebracht werden müssen, gegen die eine Anzahl Generäle mit einem, einer besseren Sache würdigen Eifer ankämpfen. Dabei handelt es sich keineswegs etwa um verdiente Generäle, die große Schlachten geschlagen haben, denn den Feldzug 1870/71 haben sie alle als junge Leutnants mitgemacht. Aber sie haben eben das Glück gehabt, nicht wie viele ihrer Kameraden schon, auf die Seile gesetzt zu werden, ehe sie den Generalsrang erreicht hatten. — Welcher Geistesrichtung aber diese „deutschen Frauen“ huldigen, das ergibt sich daraus, daß die oben zitierte Auslassung bei ihnen keinen Widerspruch sond.

Konservative Arbeiterschaft.

Wenn die konservativen Agitatoren bei Wahlen die Arbeiterschaft für konservative Wahlkandidaten zu gewinnen suchen, versprechen sie nicht, ihren Zuhörern mit bieder-männischer Überzeugungstreue zu versichern, daß die „beträchtlichen Forderungen des Arbeiterstandes“ auch von der konservativen Partei vertreten werden werden und deshalb dieser auch der größte Teil der Sozialgesetzgebung zu danken sei.

Wie es tatsächlich um diese Vertretung der Arbeiterinteressen bestellt ist, zeigt aufs neue ein „Beirat Sozialpolitik“ betitelter Artikel der legenden Nummer (201) der konservativ-mittelständischen Zeitschrift „Hammer“. Es heißt dort:

„Man kann als mathematisch-politisches Gesetz ausspielen, daß das Wachstum der sogenannten Sozialpolitik, z. B. der Arbeitersfürsorge, direkt proportional ist der Zunahme der Sozialdemokratie. Ist es die Absicht der deutschen Sozialpolitik gewesen, Sozialdemokraten zu züchten? Vorausgesagt worden ist das allerdings. Der Fehler liegt weniger an der Sozialpolitik an sich, als darin, daß man sie am verkehrt Ende angefangen hat, nämlich beim Proletarier, d. h. bei den Gefunkenen unter den Arbeitern. Der Proletarier ist eine gesellschaftliche Entartungs-Erscheinung und darf daher nicht besonders gepflegt werden. Wir verstehen unter dem Proletarier den Menschen, der nicht nur nichts hat, sondern auch nichts Rechtes kennt, der aus dem organischen Zusammenhange der Gesellschaft herausfallen ist. Proletarier darf man ebenso wenig als Dieben und Verbrechern Schutz angebieten lassen. Eine Konkenverhinderung für Einbrecher wäre absurd; nicht so ganz unähnlich ist aber die gegebene Sozialpolitik, die dem Proletarier den Schutz geradezu aufdrängt. Schützen durfte man nur demjenigen Arbeiter, der ein Mitglied eines geordneten Wirtschaftssystems darstellt, den gelehrten Arbeiter, der dem handwerklichen Innungssystem eingegliedert war, nicht den Arbeiter, der aus dem Staatsystem ausgeschieden und zum Proletarier geworden ist.“

Die Frage darf sehr wohl ausgeworfen werden, wie der Staat dazu kommen soll, staatshilfliche Arbeiter (Sozialdemokraten) staatlich höher zu stellen und ihnen Schutz anzudeihen zu lassen! Sollte den sozialpolitischen Schutz nicht immer vor der zentralen Staatsinstanz sich Bekennende, nicht aber der Kapitalist genießen? Hat der Staat überhaupt ein Recht, mit den Mitteln derselben, die die Waffen erheben, zu schützen?

Ist es wirklich zu viel gesagt, wenn man es ausspricht, daß die Sozialpolitik die Sozialdemokraten züchtet? Dass die Sozialpolitik des Staates das Generalkonservatorat des Proletariats und der Sozialdemokratie bestimmt?

solche brutale Beträchtung des Arbeiters, der es nicht zu Geld und Gut gebracht hat, nennt man auf konservativer Seite „Arbeitersfreundschaft“.

Die französische Presse nach Baden hängt nach einer Ausgabe der amtlichen „Karlshafen Zeitung“ von der Ziffernung von Elsaß-Lothringen ab. Diese Ziffernung steht noch aus, während der Reichstag die nördlich gelegene Pfalz in Rücksicht auf die Beschaffung der Güter nach Frankreich hin bewilligt hat. Mit dieser Ziffernung ist wenigstens ein Anfang gemacht.

Zentrum und Reichswertzuwachssteuer.

Mitglieder der Zentrumsfraktion der Stadtverordnetenversammlung in Köln haben beantragt, die städtischen Kollegen wolle sich gegen die Reichswertzuwachssteuer erklären und in diesem Sinne Petitionen an den Reichstag und Bundesrat abgehen zu lassen. Dem Stadtverordnetenkollegium in Köln gehört auch der Reichstagsabgeordnete Trimborn an. Bis jetzt hat sich das Zentrum im Reiche für diese Steuer erklärt, deren Ertrag zur Deckung der erhöhten Ausgaben für das Reichsheer Verwendung finden soll. Wenn sich die Haltung des Zentrums zu dieser Steuer ändert, dann ist ihr Schicksal besiegelt.

Aus einer Zentrumsdomäne.

Infolge der in letzter Zeit sich häufenden Messerstifffäßen hat die Regierungsbehörde für den Kreis Niederbayern alle Polizeiorgane angewiesen, jene Personen unanständig anzusehen, die unbefugterweise Waffen tragen. Bei einer Tanzmusik in Straubing wurde nun Kontrolle vorgenommen und nicht weniger als zweihundert feststehende Messer den zum Tanz erschienenen Bauernburschen abgenommen.

Der Kreis Niederbayern ist eine ausgesprochene Domäne des Zentrums, das bei jeder Gelegenheit von dem „verrohenden Einfluß der Sozialdemokratie“ schwundet!

Ein gerüffelter Amtsvorsteher.

Der Kampf gegen das Reichsvereinsgebot hat in Oberbayern nahezu groteske Formen angenommen. Außer Kriegervereinen und Fachabteilungen erhalten andere Vereine oder Gewerkschaften überhaupt kein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen, weil es die Gastwirte nicht mit den Amtsvorstehern verderben wollen. Der Amtsvorsteher wieder verbietet Versammlungen unter freiem Himmel, weil die Gefahr vorliegt, daß die Versammlungsbefürcher zu viel Alkohol trinken und dadurch angereizt, zu Ausschreitungen mehr denn sonst geneigt sind. Als die eigenartige Begründung nicht „ziehen“ wollte, war der Versammlungsort zu klein, um 500 oder 1000 Personen aufzunehmen zu können und vor allem bot ein in der Nähe befindliches Wasserloch schwere Gefahren für die Versammlungsbefürcher. Dieser Ansicht war der Amtsvorsteher von Mirkutschig, der vom Landrat seines Kreises, an den sich unsere Genossen mit einer Beschwerde wandten, noch darin unterstützt wurde. Der Regierungspräsident von Oppeln, bei dem wieder wegen des landrätschen Beschlusses Beschwerde geführt wurde, verhalf erst dem mißhandelten Vereinsgebot zu seinem Recht durch folgenden Bescheid:

„Auf Ihre Beschwerde vom 31. August d. Jg. wird die Verfügung des Amtsvorstehers in Mirkutschig vom 31. März 1910 und der diese Beschwerde bestätigende Bescheid des Herrn Landrats vom 16. August 1910 aufgehoben. Wenn auch unter Umständen starker Alkoholgenuss der Bevölkerung bei Versammlungen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bedeuten kann, so genügte doch ein allgemein gehaltenes Hinweisen auf die gefährlichen Folgen zu brechen. Alkoholgenusses wie er vom Amtsvorsteher zur Begründung seiner ablehnenden Stellung zu der Genehmigungsfrage herangegangen wird, noch nicht, um die angefochtene Verfügung aufzuheben.“

Auch die nachträglich angeführten Momente, daß bei einem zu erwartenden starken Besuch und infolgedessen leicht entstehenden Gedränge der mangelfaule umwehrte Lumpen auf dem Frohelschen Grundstücke und die Unzäglichkeit des Geländes nach dem Dorfgraben zu einer Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Teilnehmer bedeuten würden, waren nicht geeignet, die Verjährung der von Ihnen beantragten Genehmigung zu begründen.

Der Herr Amtsvorsteher in Mirkutschig hat besonderes Pech mit seiner Sozialistenbekämpfung. Erst kürzlich erlebte er einen Rutsch mit zwei Anzeigen gegen Genossen, weil sie eine öffentliche politische Versammlung ohne vorherige Anmeldung abgehalten haben sollen und jetzt muß er und der Landrat schon wieder vom Regierungspräsidenten darauf hingewiesen werden, daß sie ebenfalls ungesehlich gehandelt haben. Der Kampf gegen die ungezeitliche Handhabung des Reichsvereinsgesetzes ist momentan in Oberbayern ein überaus harter, aber unsere Genossen werden es schon dahin bringen, daß selbst oberösterreichische Amtsvorsteher lernen, das Vereinsgesetz zu respektieren. Und sei es mit Hilfe des Regierungspräsidenten.

Amerika.

Sozialistische Fortschritte. Im Staate Arkansas sind bei der Gouverneurwahl für die Demokraten 101 750 Stimmen abgegeben worden gegen 110 900 vor 2 Jahren; für die Republikaner 39 900 gegen 45 500. Die sozialistischen Stimmen stiegen dagegen von 6287 auf 9196. Seit 1906 (2185 Stimmen) haben sie sich mehr als vervierfacht. Sie betragen damals knapp 1½, jetzt über 6 Proz. aller Stimmen. — Im Staate New York wurden vor 2 Jahren 35 000 Stimmen gezählt. Diesmal rechnen unsere lehrigen Genossen auf mindestens 50 000.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 8. November.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern abend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, die nur mäßig besucht war. Der vorliegende Genosse Löwengrund, dessen Andenken von den Versammelten in der üblichen Weise geehrt wurde. Hierauf hielt Genosse Stellin einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über den bewaffneten Frieden. In kurzen Worten geißelte der Referent den kulturreduktiven Rüstungs-Wahn, der Unzufriedenheit verschafft. Redner trat schließlich mit Nachdruck für die Betriebsförderung des Abwehrsgedankens ein. Im Verschluß wünschte Genosse Löwengrund eine größere Beteiligung der Genossen bei den Beerdigungen verstorbenen Parteimitglieder. Genosse Stellin wies auf die am kommenden Sonntag im Neuen Stadttheater vom Bildungs-

verein veranstaltete Aufführung von Hobsons wirkungsvollem Schauspiel „Die Stühlen der Gesellschaft“ empfehlend hin. Darauf erfolgte Schlus der Versammlung.

Die deutsche Industrie gegen die Sozialpolitik. Es ist ja nicht neu und auch nicht unbekannt, daß der Bund deutscher Industrieller wenig Freude an der kümmerlichen deutschen Sozialpolitik hat. Schon viel zu groß sind ihm die Brocken, welche man den Arbeitern bisher gnädigst zugestellt hat. Und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit lassen die Scharfmacher ihr Geschrei gegen einen etwaigen Ausbau der Sozialgesetzgebung ertönen. Auch der Lübecker Industrieverein, ein würdiges Mitglied des Bundes, stimmt in diesen Chor mit ein. So mußte Ende voriger Woche der „volkswirtschaftliche“ Syndikus des Bundes der Industriellen, Dr. Schneider, hier einen Vortrag halten, in dem er sich vornehmlich gegen die Wahlbarkeit der Arbeiterssekretäre, Redakteure, Lagerhalter und Gewerkschaftsbeamten in die zu schaffenden Arbeitsamtämtern wandte, und damit bewies, daß gerade die genannten Bertrauensleute der Arbeiter zur Wahrnehmung der Arbeiter-Interessen am besten geeignet sind. Sonst würden die Scharfmacher ja gegen deren Wahlbarkeit nichts einzubringen haben. Weiter ist den Industriellen der obligatorische Besuch einer Fortbildungsschule seitens weiblicher Arbeitskräfte ebenso ein Greuel wie die Einschränkung der Arbeitszeit für die in der Industrie beschäftigten Frauen. „Tiefen und unangenehmen Eindruck“ hat auf die Industriellen auch die geplante Regelung der Hausarbeit gemacht, wie ja alles, — und sei es auch noch so geringfügig — was dem Schutz oder den Interessen der Arbeiter zu dienen geeignet ist, bei den Herren Kapitalisten und deren Söldlingen unangenehme Eindrücke hervorruft. Doch halt! Die Industriellen wollen auch etwas für die Arbeiter tun. Sie sind, wie Herr Schneider versicherte, bereit, fünfzig anstatt des Drittels die Hälfte der Krankenfassungsbeiträge zu bezahlen. Natürlich nicht bedingungslos. Zunächst wollen die Industriellen alle bestehenden Berriebskrankenfassungen usw. aufrechterhalten, dann wollen sie sich den maßgeblichen Einfluß auf die Verwaltung der Ortskrankenfassungen sichern und die Einrichtungen der Kassen nach ihrem Geschmack gestalten und schließlich die unbedrängte Herrschaft über die Unfallberufsgenossenschaften auch in Zukunft ausüben. Man sieht, beiderlei sind die Leute nicht.

In der gleichen Versammlung der Industriellen Lübecks trat auch der Sekretär der aus den Steuergroßchen der werttätigen Bevölkerung Lübecks mit unterstützten Gewerbeamtern als Redner auf mit dem Bekennnis, daß er die Arbeiterskämmen, die — wie er prophetisch meinte — nur die Beschlüsse der Gewerkschaften sanktionieren würden, ins Pfefferland wünsche. Bezuglich der Gewerbeamtern, deren bezahlter Angestellter er ist, äußerte er einen ähnlichen Wunsch nicht. Auch sonst macht Herr Dr. Ullendorf aus seinem Herzen keine Mördergrube. Bezuglich der Frauenarbeit meinte er: „Gerade die Frauenarbeit — es diente dabei an die heilige Fleichindustrie und die Fischindustrie — dürfte nicht weiter gehabt werden.“ Es folgten diese Industrien nicht weiter erheblichen Schaden leiden. Denn sehe man die Arbeitszeit herab, da die Arbeiter und Arbeiterinnen natürlich nichts von ihrem Lohn einholen wollten, müßten die Löhne erhöht werden. Die Folge sei, daß die Arbeitnehmer immer begehrlicher würden, denn die Regierung unterstütze sie ja.“ Beindrucklich ist angesichts solcher Ausschauungen nur, daß nicht gleich eine Verlängerung der Frauenarbeitszeit gefordert wurde. Der Begehrlichkeit der Kapitalisten würde das nur entsprechen. Was kümmert es auch die Industriellen, ob durch lange Frauenarbeitszeit die Volksgesundheit schwer leidet, wenn nur der heilige Unternehmensprofit nicht zu kurz kommt. Die Industriellen wollen auch bei den kommenden Reichstagswahlen auf dem Posten sein. Wer sie als Volksfeinde noch nicht genügend kannte, um sie zu bekämpfen, dem werden die vorstehend skizzierten Äußerungen die Augen öffnen müssen.

Genossenschaftsbücherei. Vor kurzem ist ein Nachtrag zum Bücherverzeichnis der Genossenschaftsbücherei erschienen. Gemäß wird diese Ergänzung des Hauptverzeichnisses allen Besuchern der Bücherei höchst willkommen sein. Durch übersichtlichere Druckanordnung ist ein leichteres Auffinden der Bücher ermöglicht und damit ein Mangel des Hauptverzeichnisses beseitigt. Aber auch der Inhalt des Nachtrags läßt erkennen, daß die Genossenschaftsbücherei auf dem besten Wege ist, ihre Besucher in jeder Hinsicht zufriedenzustellen. Plus dem Gebiete der Politik ist manches neues Werk hinzugekommen, das man in andern Büchereien aus erklärlichen Gründen vergleichlich suchen wird. Naturwissenschaft, Erdkunde, Reisebeschreibungen, Kunst, Philosophie und wie die verschiedenen Abteilungen sich auch nennen mögen, sie alle sind durch Neuauflagen vervollständigt. Aber den Löwenanteil wußten sich die Unterhaltungsschriften zu sichern, und das ist gut so! Nicht jedem ist es vergönnt, Theater und Musik aufzusuchen, um nach getaner Arbeit sich zu erfreuen an den Schöpfungen unserer Denker und Dichter. Gedemann aber ist instande, durch Entleihungen aus der Genossenschaftsbücherei teilzunehmen an dem Nutzen, den das Studium des gedruckten Wortes bietet. An Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitgliedern werden Bücher ohne weiteres entliehen, während an Nichtorganisierte die Entleihung gegen eine rückzahlbare Sicherheit von 50 Pf. erfolgt. Die mit der Bücherei verbundene Lesehalle, eine große Anzahl Zeitungen und Zeitschriften enthaltend, kann von Gedemann unentbehrlich benötigt werden. Der Leitung der Genossenschaftsbücherei wäre am besten gedankt, wenn zu der großen Anzahl alter Besucher eine noch höhere Anzahl neuer Leser sich einfinden würde.

Wohnungsmarkt der Stadt Lübeck im Jahre 1909. Dem Jahresbericht des Statistischen Amtes für das Verwaltungsjahr 1909 entnehmen wir folgendes: Die Veränderungsnachweise über Wohnungen in der Stadt Lübeck, die dem Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, herkömmlich seit 1909 jedoch halbjährlich übermittelt werden, geben den wechselnden Bestand der Wohnungen überhaupt, sowie den der leerstehenden im Besonderen an. Die Aufstellung geschieht in zweifacher Art; zunächst werden die Wohnungen nach der Zahl der heizbaren Zimmer, dann, um Vergleiche mit den süddeutschen Städten zu ermöglichen, nach der Zahl aller Wohnräume gruppiert. Der Wohnungsbestand hat sich im Jahre 1909 um 762 vermehrt. Läßt man 29 untrennbar mit Gewerberäumen verbundene Wohnungen fort, so entfallen von dem Zuwachs nach der Zahl der Zimmer auf die kleinen Wohnungen bis zu zwei heizbaren Zimmern 179 und auf die größeren 554, nach der Zahl der Wohnräume auf die Wohnungen bis zu 3 Wohnräumen 180 und auf die größeren 553. Von 30 mit Gewerberäumen verbundenen Wohnungen abgelehnt, standen 651 (gegen 288 im Jahre 1908) leer, darunter 228 (88) mit 1 bis 2 heizbaren Zimmern und 221 (88) mit 1 bis 3 Wohnräumen. Hierbei ist die Küche vorbehaltlich als heizbares Zimmer oder Wohnraum gerechnet. Wenn man von ihr absieht und die Wohnungsgröße ausschließlich nach der Zahl der heizbaren Zimmer bemisst, eine Berechnung, wie sie in Lübeck und den meisten deutschen Städten üblich ist, so kommen die sog. kleinen Wohnungen bis zu zwei Zimmern in der Wohnungsstatistik mit erheblich gezierten Ziffern zur Erzielung. Die Ziffern der leer-

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 262.

Dienstag, den 8. November 1910.

17. Jahrg.

Die Großen und die Kleinen.

Während der Hansabund jüngst erklären ließ, daß er es als eine wichtige Aufgabe betrachte, Organisationen zu schaffen, um dem Mittelstand die Erlangung von Kredit zu erleichtern, tritt die Hamburg-Amerika-Linie, deren Leiter, Herr Ballin, im Ehrenpräsidium des Hansabundes sitzt, den gleichen Bestrebungen auf dem Gebiete der Flussschiffahrt mit aller Entschiedenheit entgegen.

Schon seit langem bekämpft die Hamburg-Amerika-Linie in den „Hamburger Beiträgen“, ihrer Korrespondenz, die der Presse die Meinungen und Wünsche der Großreedereien übermittelt, den Plan der Errichtung einer Schiffshypothenbank. So erklärte sie vor einiger Zeit, „in deutschen Reedereikreisen dürfte die Überzeugung allgemein sein, daß die Erleichterung des Schiffshypothenkredits im Interesse der deutschen Seeschiffahrt unbedingt vermieden werden sollte“.

Diesen Kampf gegen die projektierte Schiffshypothenbank führt sie unentwegt fort. Sie bemüht sie sich, den Kapitalisten die Überzeugung beizubringen, daß der Hypothekarkredit auf Schiffe sehr riskant sei, obwohl sie nicht zu bestreiten vermag, daß auch für Schiffshypothen ausreichende Sicherheiten geschafft werden können. Der wahre Grund dieser Abneigung der Hamburg-Amerika-Linie ist, wie ihr auch schon früher von einem führenden Handelsblatt gesagt wurde, darin zu erkennen, daß die Großreedereien jede Krediterleichterung im Schiffsbau verhindern möchten, weil sie selbst jederzeit ohne Schiffshypothenbanken in der Lage sind, ihren Kreditbedarf zu decken.

Von den „Hamburger Beiträgen“ mußte selbst zugegeben werden, daß die Schiffshypothenbanken in Holland, die sich mit der Beleihung von Fluss- und Kanalschiffen befassen, günstige Ergebnisse aufzuweisen haben. Sie bestätigten auch, daß sich die holländischen Werften die holländischen Schiffshypothenbanken zur Erlangung deutscher Aufträge zunutze machen, aber dennoch halten sie es für angebracht, die gleichen Institute in Deutschland nicht aufzukommen zu lassen.

Die Wahrung der allgemeinen Schiffsinteressen, die zur Verteidigung der Stellungnahme der Hamburg-Amerika-Linie vorgeschoben wird, ist auffällig identisch mit den ureigenen Interessen der nach der Errichtung der Schiffstrasse strebenden Ballin-Gesellschaft. Die Hamburg-Amerika-Linie hat auch ihre Herrschaft in der Flussschiffahrt immer mehr zu erweitern gewußt. Sie „kontrolliert“ auf den Hauptflüssen und steht auch mit den Schiffsunternehmungen des Kohlensyndikats und anderer Riesenbetriebe in enger Verbindung. Offen tritt sie als Beherrscherin der Flussschiffahrtsgesellschaften natürlich nicht auf.

Nun haben die Kleinsschiffer seit langem einen sehr schweren Stand. Sie sehen sich vom Großkapital unauslastsam zurückgedrängt. Ihre Situation wird noch erschwert durch die erheblichen Schwierigkeiten bei der Erlangung von Kredit in Gestalt von Schiffshypothenken. Bei den Fusionen der Elbschiffahrts-Gesellschaften z. B. hatte die Genossenschaft der Privatsschiffer sich lange gegen die Übernahme durch die vereigte Gesellschaft gewehrt. Zuletzt wurde ihr Widerstand durch die Drohung gebrochen, daß ihnen die Werft die Hypotheken kündigen werde, die sie ihnen bisher gegeben hatte.

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Russlands Revolutionstagen.
Von Friedrich Thiemé.

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Morgen dämmerte just, als ein in einen langen Mantel gehüllter junger Mensch vorsichtig an der Tür einer der am Hafen belegenen Matrosenschenken pochte. Längere Zeit verging, bevor seine Bemühungen den Widerhall einer Antwort herauslockten. Und dann war der Bescheid, den er erhielt, gerade kein allzu ermutigender, mit einem ärgerlichen Gebrumm, dem eines entrüsteten Bären gleich, ward vorsichtig ein Laden von innen zurückgeschlagen, und eine krächzende Stimme erkundigte sich von innen, wer in Beelzebubs Namen so früh schon Einlaß begehrte?

„Bist — Mutter Katinka — nicht so grimmig — ich bins,“ entgegnete der Sohner in besänftigendem Tone.

„Ich — wer ich?“

„Ah so — was gibst denn so eilig?“

„Ist der Graf zu Hause? Ich muß sogleich mit ihm sprechen.“

Die Frau wußt einen forschenden, misstrauischen Blick nach beiden Richtungen der Straße, ehe sie leise erwiderte:

„Er ist oben. Wartet ein wenig, mein Junge, ich will Euch hereinlassen.“

Wenige Minuten später schlich Maruschewski, der zweite Verläufer des Monsieurs Didier, auf leisen Sohlen die schadhafte Holztreppe der Kaschimme hinauf und ohne anzutasten trat er mit der Monogramme eines alten Bekannten in eins der Gefasse des obersten Stockwerks. Es war dies ein keineswegs eleganter Raum, und das schiefe Dach bildete auf der einen Seite seine Wand und Decke zugleich — der Mann aber, der bei dem unerwarteten Eintragen des jungen Taugenichts mit unverhohler Beifremdung vollständig angekleidet von dem schmugigen Bettel aufsprang, bot den an dieser Stelle sicherlich erstaunenswerten Anblick eines Mitgliedes der besseren Gesellschaft. Das wohlgepflegte, ovale, feingeschnittene Gesicht, die bläulichen dunklen Augen, der überlegene, ein wenig ironische Zug um den Mund, die weichen parfümierten Hände, der elegante, den Forderungen der neuesten Mode entsprechende

Zweckelos wäre den kleinen Schiffssunternehmern eine von den großen Gesellschaften unabhängige Schiffshypothenbank äußerst willkommen, aber sie haben dabei mit der Gegnerschaft der großen Reedereien zu rechnen, die jede Möglichkeit, die darauf hinauslaufen kann, die Existenz der Kleinsschiffer zu stützen, bekämpfen, um in ihrer Monopolwirtschaft durch keinerlei Konkurrenz behindert zu werden.

Die nationalliberale Partei — eine Filiale des Reichsverbandes.

Die nationalliberale Partei tut sich viel auf das sozialpolitische Verständnis zugute, das in ihren Reihen zu finden ist, und die Reden einiger Parade-Sozialpolitiker in und außerhalb des Reichstages bereiteten tatsächlich den großkapitalistischen Scharfmachern so viel Ärger, daß sie drohten, von den Nationalliberalen abzurücken. Die Verbrossenheit der Industriearone war ganz ohne Grund. Wenn man einen dieser nationalliberalen „Sozialpolitiker“ kriegt, kommt noch immer unter der äußerst dünnen sozialpolitischen Agitationstünche der rücksichtslose Vertreter kapitalistischer Interessen zum Vorschein.

In der Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung arbeiten die Nationalliberalen mit den Junkern und agrarischen Ultramontanen um die Wette an der systematischen Verschlechterung der Versicherungsgelege; und der Abg. Semler geniert sich gar nicht, seine Person und sein Mandat in den Dienst der Berufsgenossenschaften zu stellen, und deren arbeiterfeindliche Wünsche als eigene Anträge aufzunehmen und auch zu verteidigen. Unter solchen Umständen war es nicht zu verwundern, daß die nationalliberale Partei auch mit größter Energie gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen ankämpfte. Von einer Partei, die ernst genommen sein will, hätte man in dessen erwartet, daß dieser Kampf mit Mitteln geführt wird, die sich in und außer dem Parlament noch vertreten lassen. In dieser Beziehung hat man sich in der nationalliberalen Partei getäuscht.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“, die seit einiger Zeit verantwortlich gezeichnet wird von Dr. Friz Stephan Neumann-Berlin, und die als amtliches Mitteilungsblatt des Vorstandes der Nationalliberalen Partei angesehen werden darf, wurden in letzter Zeit eine Anzahl Artikel über angebliche „sozialdemokratische Misswirtschaft in den Ortskrankenkassen“ veröffentlicht. Unter dem Vorwande, daß die Einsender dieser Anschuldigungen nicht sozialdemokratische Angestellte der Ortskrankenkassen seien, die „den sozialdemokratischen Kassengewaltigen nicht ans Messer geliefert“ werden sollten, wurde in den Artikeln weder ein Name noch ein Ort angegeben, sodaß jede Nachprüfung der Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen absolut ausgebllossen war. Auf wiederholte Angriffe erklärte schließlich die „Nationalliberale Korrespondenz“ am 4. November:

„Im übrigen steht unser Material jedermann zur Einsicht offen, sofern er einen vertrauenerweckenden Eindruck macht und die Gewähr bietet, daß er die auf diese Weise erlangte Kenntnis der Namen und Orte nicht zu Nachvortragen gegen den Einsender benutzt.“

Auf diese Ankündigung hin wandte sich Genosse Reichstagsabgeordneter Eichhorn telefonisch an Dr. Neumann mit dem Erfuchen, das Material einzusehen zu

dürfen. Dr. Neumann sagte, ohne irgend eine Bedingung zu stellen zu, und die Einsichtnahme wurde für den 5. November vormittags vereinbart.

Um Morgen des 5. November erhielt indessen der Abg. Eichhorn folgenden Brief:

Nationalliberale Partei.
Geschäftsführender Ausschuß.

Berlin W. 9, am 4. Nov. 1910.

Herrn
Reichstagsabg. Eichhorn,
Berlin, Reichstag.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!
Auf Ihre telefonische Anfrage von heute vormittag betr. Einsichtnahme des bei uns eingelaufenen Materials über die Ortskrankenkassen teilen wir Ihnen höflich mit, daß wir die Einsicht einem Anhänger der Sozialdemokratie leider nicht gewähren können. Dieses Verhalten wird Ihnen nach Lage der Dinge verständlich sein.

Hochachtungsvoll
Redaktion der „Nationalliberalen Korrespondenz“. G. V. Druck & Co.

Dem Abg. Eichhorn hätte allerdings „dieses Verhältnis“ der nationalliberalen Partei verständlich sein können, denn bei der Beratung des Krankenkassengesetzes in der Versicherungskommission versuchten die nationalliberalen Vertreter nicht viel anders, als es jetzt die parteiamtliche National. Korresp. tut. Der Abg. Haumann und der konservative Abg. Paul Potsdam waren noch so vorsichtig, als sie ihre in Schreibmaschinenschrift vervielfältigten Räubergeschichten gegen die „sozialdemokratischen“ Verwaltungen der Ortskassen vortrugen, sich nicht mit diesen Behauptungen zu identifizieren. Dagegen verteidigte der dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sehr nahestehende nationalliberale Abg. Goerke-Brandenburg mit grossem Eifer diese Verleumdungen als lautere Wahrheit und fühlte sich auch nicht bewogen, seine Angriffe zurückzunehmen, als ihm vom Abg. Eichhorn auf der Stelle nachgewiesen werden konnte, daß die meisten dieser Geschichten aus den Fingern gesogen, zum mindesten aber Mißstände, für die ganz andere Kreise verantwortlich sind, zu Unrecht Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben wurden.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ folgt ganz den Fußstapfen des Reichsverbändlers Goerke. Wenn auch nur ein Schimmer von Wahrheit an den Behauptungen wäre, warum gibt sie nicht wenigstens den Ort an, um den Beschuldigten die Möglichkeit einer Rechtfertigung oder Verteidigung zu geben? Das Verfahren der „Nationalliberalen Korrespondenz“ ist diebisch und feige und kann nur eins beweisen: Das das Organ des Nationalliberalen Parteivorstandes weiß, ihr sogenanntes „Material“ hält einer Prüfung nicht stand.

Es wird sich im Reichstag Gelegenheit finden, wenn dort in dieser Reichsverbändlermanier gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen gearbeitet werden soll, die Praktiken der Nationalliberalen zu brandmarken.

Aus der Partei.

Nieder mit der freien Jugendbewegung! Auf Berlin folgt Lichtenberg. Die in Lichtenberg, Stralau und Pankow-Nummelburg bestehende Freie Jugendorganisation der östlichen Vororte Berlins ist durch den Polizeipräsidenten zu Lichtenberg aufgelöst worden, weil ihr Zweck den Strafgefangenen zu wiederholen. Der Schlag kam nicht mehr unerwartet. Nachdem die Lichtenberger Polizei eine Versammlung für Jugendliche verhindert und der Polizeipräsident zur Begründung erklärt hatte, die Lichtenberger Jugendorganisation sei proletarisch, konnte die Auflösung nur noch eine Frage der

Anzug, alles ließ darauf schließen, daß die Bezeichnung Graf, deren der Verkäufer sich bedient hatte, nicht ohne weiteres als Spott aufzufassen sei — nur das dicke Haar von dunklem Kastanienbraun war durch das Liegen etwas in Unordnung gekommen und unwillkürlich saß der Elegant mit der Hand nach der Stirn, um seine „verangelierte Tochter“ wieder in Ordnung zu bringen.

Gobald er den Einbrülling erkannte, beruhigte er sich und gab sich nun den Anschein, als habe er nicht die mindeste Bestürzung angesichts der fähren Störung gefühlt.

„Ah, du bist's, Peter — und so früh schon? Natürlich bringst du eine wichtige Botschaft — was ist?“

„Nur das, Alexander, daß unser Plan zu Eßig geworden ist.“

„Unser Plan, deinen Chef betreffend?“

„Ja, gestern abend — wir könnten nur armelige Nachlese halten — finden nur billiges Zeug — alles Wertvolle ist fort — über alle Berge —“

Die Augen des „Grafen“ sprühten zornige Funken, seine spitzen, weißen, wie gebleicht ausschenden Zähne knirschten aufeinander.

„Unmöglich — gestern abend sagtest du mir aber noch —“

„Ja, gestern abend“, knurrte Maruschewski. Dazwischen liegt eine lange Zeit — zwischen Lipp- und Kelchesrand. Du weißt ja. Warum hast du nicht auf mich gehört und die Plünderung gestern in Szene gesetzt — dann hätten wir heuter unser Schäflein im trocken.“

Wütend stampfte der elegante Dachstudienbewohner mit den Füßen auf die Diele.

„Dummkopf — es ging ja nicht — vergedlich hab ich versucht zu allgemeiner Plünderung aufzurufen — niemand wagte sich vor — Polizei und Militär waren noch zu mächtig. Stein, es hätte mittels Einbruchs geschehen müssen, dessen Erfolg ganz sicher und bei dem unter den obwalten den Verhältnissen jeder Irrtum aufgeschlossen war. Und in der nächsten Nacht hätten wir die Aktion in Szene gesetzt — und noch im letzten Augenblick entwischte uns die Beute! Auf welche Weise denn? Ist man uns zuvor gekommen oder hat der alte Fuchs Odessa mit seinen Schägen verlassen?“

„Ah, er ist noch da und alle anderen auch — der die kostbarsten Sachen weggeschleppt, ist unser Profi, der blonde Deutsche —“

„Durchgegangen?“

„Unsinn — der scheiß danach aus — er handelt im Auftrag des Alten. Ich sollte ihn gestern abend noch herzuholen — und mich im Hafen noch einem heute morgen obgehenden Schiffe erkundigen. Dann habe ich zu Hause — ich schlafte nach dem Hafe hinaus, weißt du — pioniert, wie ich konnte. Die beiden haben die ganze Nacht im Kontor zugebracht und vorhin schlich sich der Deutsche mit einem Koffer durch den Garten aus dem Hause. Der Glücksplix — ich wußte wohl, was ich an seiner Stelle täte. Denn er trägt sicherlich fast eine Million Rubel in Juwelen und Diamanten in diesem Koffer.“

Die hellen Augen des eleganten Gentlemen funkelten in habhaftigem Feuer.

„Eine Million Rubel — Teufel — und du bist sicher, daß er mit dem Schiffe.“

„Er schlug ja die Richtung nach dem Hafen ein.“

Hastigen Schrittes, die Arme auf der Brust verschränkt, die dunklen Brauen zusammengeföhnen, durchmaß der Verbrecher das kleine Gemach. Finstrier blickte er bald auf den elenden Zuträger, bald nach der Tür — dann flog es plötzlich wie ein Sonnenleuchten über seine ernsten Züge; ohne den Mund zu öffnen, verzerrte er seine Wangen zu einem höhnischen Lächeln.

„Wann geht das Schiff?“

„Um sechs — mit Rückicht auf die Lage in Stadt und Hafen.“

„Wie heißt der Dampfer?“

„Es ist die „Victoria“ mit Kapitän Bulderitt.“

„Um sechs?“ Er fragte flüchtig den Beiger seiner kostbaren goldenen Uhr, die er an einer feinen Platinschraube in der Tasche trug. „Dann haben wir noch Zeit genug — so pünktlich wird das Schiff nicht abgehen.“

„Das dachte ich, darum schlich ich mich sofort aus dem Hause und kam zu dir. Du wirst dem Deutschen die Beute abjagen?“

„Ich denke, es wird auf diese Weise leichter gehen als mit dem Einbruch. Ich bin nicht für Gewaltmaßregeln, wenn ich irgend auf anderem Wege zum Ziel kommen kann. Der Diebstahl eines Koffers auf der Reise — der Graf lachte kurz und spöttisch auf — ist für einen Mann meiner Erfahrung eine Kleinigkeit. Du kannst nicht wie weit meine Beziehungen reichen. Kleiner — schade, daß du nicht mitgehen darfst.“

„Warum nicht?“

Zeit sei. Dass sie ihren Zweck nicht erreichen wird, steht fest. Die freie Jugendorganisation ist nicht an die Form einer Vereinsorganisation gebunden. Die bürgerliche Gesellschaft hat die freie Jugend ebenso wenig wieder los, wie das moderne klassenbewusste Proletariat selbst.

Ein Polizeiprozess wurde am Sonnabend in Halle a. d. S. gegen unter Hohes Bruderorgan aufgesuchten. Angeklagt war wegen Beleidigung der geläufigen Polizeiabteilung in Halle der Redakteur des „Volksblatt“ Genosse Michael. Den Strafantrag hatte der „freiländige“ Oberbürgermeister Dr. Kivé gestellt und zwar deswegen, weil der Polizei vom Angeklagten vorgeworfen worden war, sie könne sich in der Schikanen gegen die Arbeiterbewegung gar nicht genug tun und drangsalliere diese nach Kräften. Das wollte der Antragsteller nicht wahr haben. In dem Artikel wurde das Vorgehen der Polizei gegen zwei Bettelverteiler und ein anderes Mitglied des Gemeindearbeiterverbandes kritisiert. Sie hatte diese Genossen einfach auf offener Straße verhaftet, obwohl ihr die Feststellung der Persönlichkeiten leicht möglich war und die Verteilung keineswegs ungewöhnlich erfolgte. Im Gegensatz dazu wurde die Tatsache gestellt, dass Bettelverteiler und Junglingsvereinler, die öffentlich zu ihren Versammlungen einladen, unbefeuert bleiben. Der Angeklagte trat den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen an. Es wurde nachgewiesen, dass zahlreiche Polizeiverfügungen und Strafmandate gegen die Arbeiterbewegung von höheren Gerichten kassiert worden sind. Genosse Michael selbst war im vorigen Jahre einmal aus einer Versammlung weg verhaf tet worden, damit er einen der Polizei nicht genehmigen Vortrag nicht halten könnte. Wegen dieser Tat wurde die Polizei bereits vom Regierungspräsidenten kritisiert. Ein Chef der Exekutive, Oberinspektor Weydemann, wurde nachgewiesen, dass er in einer amtlichen Unterredung in Theaterangelegenheiten erklärt hatte, er wolle die Sozialdemokratie mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpfen; vorher hatte er noch in seiner eidlichen Aussage erklärt, dass er nicht daran denke, die Sozialdemokratie zu bekämpfen! Wie gereizt auch die unteren Polizeiorgane in der Arbeiterbewegung hervortretenden Personen gegenüberstehen, beweist der in der Verhandlung zur Sprache gebrachte Fall, dass ein Polizist einen Lagerhalter auf offener Straße verhaftete, weil dieser beim Verlassen eines Hauses, ohne den Beamten zu bemerken, an der Gesäßtasche nachgeschaut hatte, ob sein Portemonnaie darin sei; der Polizist hatte das als eine Beleidigung betrachtet. Die vielen Verfügungen gegen das Versammlungslokal der Arbeiterchaft, den Volkspark, wurden ebenfalls beleuchtet. So hat die Polizei, die seit vier Jahren am Eingang des Parks angebrachten Fahnen in diesem Sommer zwangsläufig entfernen lassen, weil sie als Demonstration gegen die bestehende Staatsordnung gedacht und geeignet seien. Der Volksparkverwaltung ist wiederholt die Heraussetzung der Polizeikunde auf 10 Uhr angedroht worden, wenn sie nicht die angeblich im Lokal geschehenen Polizeibedienungen (bei den polizeilichen Belagerungen) verhindern oder eine geplante anarchistische Versammlung dulde. Trotz aller dieser und weiterer Fakten erachtete natürlich der Staatsanwalt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht und wollte den angeklagten Genossen, weil er das gegen die Polizei ja auf fünf Monate ins Gefängnis gebracht wissen. Das Gericht sah die angebliche Beleidigung zwar mild an, machte aber den Angeklagten für die „der staatlichen Autorität feindliche Tendenz des Volksblattes“ verantwortlich und erkannte auf 500 M. Geldstrafe. Gegen das Urteil wird Revision angemeldet.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Malerverband als politisch erklärt. Die Verwaltungsmitglieder des Zweigvereins Thorn wurden durch die Polizeibehörde mit einem Strafmandat bedroht, weil trocken wiederholter Aufruf der Vorherrschaft es unterließ, die Mitglieder bei der Behörde anzumelden. Gegen dieses Strafmandat wurde gerichtliche Entscheidung angerufen. Zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht waren als Zeugen ein Polizei-Inspektor, ein Polizeiwachtmeister, ein Polizeikommissar und ein Polizeisekretär erschienen, die einmütig befundenen, dass im Malerverband politische Gegenstände durch auswärtige Referenten erörtert würden und dass nach einer Versammlung vor dem Lokal Wohlzettel verteilt werden seien. Als diese eindliche Aussage zur Verurteilung wohl nicht ausreichte, brachte der Polizei-Inspektor einen von der Hamburger Polizei eingeforderten Bericht zur Verlesung, aus dem die politische Tätigkeit der Mitglieder des Hauptvorstandes erschlich sein soll. Daraufhin nahm das Gericht an, dass sich der Verband ausschließlich mit sozialdemokratischer Politik beschäftige. Die Verurteilung wurde verworfen und die Angeklagten zu einer Geldstrafe von je 5 M. oder einem Zog Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil wird nochmals

Rechtsmittel eingelegt.

Wiegandt:

Dich kennt.

Du willst mir aber doch meinen Anteil von dem Inhalt gewähren?

Verlängere dich darauf — ein Bittel, wie verabredet. Ich verlängere und berüchte nicht meine gleichen. Zum Glück kenne ich Euren Bruderhalter von Aschers — du hast mir ihn gezeigt als ich unter dem Vorwande eines Einkaufs in Eurem Laden war, um zu erkennen. Doch wir haben keine Zeit zu verlieren. Peter. Beginn doch so schnell du kannst zu Aschers und dem Wiener, es sind ja nur ein paar Männer bis zur Schule, wo sie sich aufzuhalten — sag Ihnen, worum es sich handelt. Ich erwarte sie in einer halben Stunde am Quarantänehafen — mit Kästen und Papieren in gut bürgerlicher Kleidung verstanden? Sie haben nur eine halbe Werktags zum Molo — doch werden sie mich finden. Rausch, rausch, mein Junge —

Aber wenn du mir nicht Werk —

Der Graf erhob wütend die berühmte Rechte.

Zum Beispiel — kannst du mich nicht besser? Wenn der Graf gelungen, erhalten du Nachricht, wo du dich einzustellen hast. Mein Ehrenwort — ich hab es noch nie einem Kameraden gegeben. Ich weiß, was ich die Schulde.

Moritzschki nicht beruhigt und verschwand aus dem Zimmer. Alexander Soenezu — unter diesen Namen war der Abenteurer seinen intimen Freunden bekannt, während ihn alle anderen gewöhnlich als den „Graf“ oder den „Rumanen“ bezeichneten, vollendete mit gewandter Hand seine Toilette, eilig, aber doch mit einer Art einer Selbstverständlichkeit hierauf poszte er ohne Jögern einige Sachen in eine bezeichnende Handtasche und entnahm schließlich einem Bereich, das sich in einer Mauer hinter einem Bild befand, eine Bogenpfeile, die er mit beschädigtem Bügel in seiner Tasche beginnt.

„So — in Bereitschaft sein ist alles, wie Hamlet sagt — ich bin immer bereit“, lachte der Abenteurer, war sich bewusst, dass es viele Schwierigkeiten haben, auf dem Dampfer flottzumachen zu erhalten. Die Papiere werden ja erst in Deutschland zur Hand, das Land kennt und ist — es muss einen ausreichenden Platz in den kleinen hellen Spiegel über dem Bett — ich bin nicht die Person, gegen welche man Angreifen kann.“

Berufung eingelegt werden. Zur Abwehrstellung ist nun wieder einmal der Malerverband nach der Rechtsauslegung durch westpreußische Gerichte als politischer Verein erklärt worden.

Die Tarifverträge für das Baugewerbe werden bekanntlich örtlich abgeschlossen. Vorbehaltlich der Genehmigung des Vorstandes des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und des Zentralvorstande der vertragschließenden Gewerkschaften. Im Monat Oktober nun sind die ersten 285 Tarifverträge für 241 Vertragsgebiete von den beiden Instanzen genehmigt worden. In 107 Fällen gelten die Verträge für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsam, in 76 Fällen nur für Maurer und Zimmerer, in 20 Fällen nur für Maurer allein, in 29 Fällen für Zimmerer allein und in 12 Fällen für Bauhilfsarbeiter allein. In 2 Fällen (Hannover und Nürnberg) sind besondere Tarifverträge für Fliesenleger abgeschlossen. An dem Abschluss der Verträge sind beteiligt der Zentralverband der Maurer in 229 Fällen, der Zentralverband der Zimmerer in 194 Fällen, der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter in 182 Fällen und der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter in 57 Fällen.

Der Streik der Töpfer in Welten hat sein Ende erreicht. Nach mehrmaligen schwierigen Verhandlungen kam endlich ein Resultat zustande, mit dem sich eine am 4. November abgehaltene Versammlung der Töpfer endgültig einverstanden erklären konnte. Der Hauptversoß dieser Bewegung liegt in der Neutarifierung der gangbaren Osenmuster neuen Stils, die teilweise eine 10- bis 20prozentige Lohn erhöhung aufweisen. Von den älteren Mustern wurden die schlecht bezahltesten gleichfalls aufgehebelt. Der neue Tarif wird bis zum 1. Oktober 1912 vereinbart. Außerdem soll eine gemeinschaftliche Kommission vereinbart werden, die die Garnituren älteren Stils in einer einheitlicheren Berechnung zusammenfasst. Diese Kommission soll baldigst mit ihren Beratungen beginnen und das Resultat sobald einer späteren Verabschaffung unterliegen. Die Arbeitsaufnahme dürfte sich allerdings nicht in der gewünschten glatten Weise vollziehen. Es ist sehr leicht möglich, dass bei Wiedereinstellung der ca. 800 ausständig gewesenen Töpfer und Hilfsarbeiter mancher Fabrikant mit ungünstigerem Geldflussgang die bekannten unternehmerischen Schwierigkeiten macht. Gegen solche etwaigen Beistände soll in partieller Weise vorgegangen werden. Angesichts der Gesamtlage erscheint es daher ratslich, dass vorläufig von auswärtigen Töpfern und Hilfsarbeiten Welten noch gemieden wird.

Streik in der sächsischen Möbelindustrie. Seit zehn Wochen stehen in den sächsischen Orten Wilsdruff, Radeberg und Cunersdorf mehrere hundert Tischler und Maschinendarbeiter der Weismöbelfabriken im Streik. Sie verlangen eine mäßige Lohn erhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit, die dort noch länger ist als in den anderen Orten dieser Branche. Meistens wird in den Fabriken in Aktion gearbeitet und kommt es nicht selten vor, dass verheiratete Arbeiter mit 15 M. und weniger nach Hause gehen müssen. Der Durchschnittslohn der Tischler dürfte kaum 20 M. pro Woche betragen, während der der Maschinendarbeiter noch erheblich niedriger ist. Als die Arbeiter im August die Forderungen unterbreiteten, erfolgte eine schroffe Ablehnung durch die Unternehmer, die der sächsischen Streikentschädigungsgeellschaft angeschlossen sind. Darauf erfolgte dann die einmütige Arbeitseinstellung von rund 500 beteiligten Arbeitern. In den letzten Tagen haben nun mehrjährige Verhandlungen auf Veranlassung genannter Gesellschaft stattgefunden, die jedoch ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitgeber nur für eine geringe Anzahl Arbeiter eine kleine Lohn erhöhung bewilligen wollten, während die übrigen leer ausgehen sollten. Die Verhandlungen sind nun vollständig gescheitert. Eine größere Firma hat die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die Unternehmer haben nun in ihrer letzten Versammlung beschlossen, eine „großzügige Arbeitswilligenfuge“ in die Wege zu leiten. Besonders wollen sie die Provinzen Böhmen und Schlesien selbst bereisen und auch Böhmen besuchen. Außerdem sollen in den bürgerlichen Blättern in etwa 20 Großstädten Forderungen losgezogen werden. Bisher hatten sich Streikbrecher überhaupt nicht eingefunden, und wenn die Holzarbeiter auch in der nächsten Zeit auf dem Posten sind, werden auch die großzügigen Bemühungen ergebnislos bleiben. Die Arbeiter rechnen damit, dass nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, der Kampf bis zum Frühjahr fortgeführt werden muss und werden ihn, wenn nötig, auch bis dahin führen. Dringend wird jedoch ersucht, den Zugang streng fernzuhalten.

Eine verkrachte sozialdemokratische Genossenschaft. Eine Lügennotiz, die die Runde durch die bürgerliche Presse machte, konnte wieder einmal als eine solche festgestellt werden. Unter der geschmackvollen Bezeichnung „über das

obermalige Verkrachten einer sozialdemokratischen Genossenschaft“ meldete die „Deutsche Tageszeitung“ in der Nr. 218 den Zusammenbruch einer Schreinereigenossenschaft in Schweizingen nach dem letzten Tischlerstreik. 22 Tischlergesellen zu gemeinsamer Errichtung einer Möbelfabrik zusammengetan. Jeder von ihnen legte 500 Mk. ein, so dass im ganzen 11.000 Mk. Gesellschaftskapital vorhanden waren, ein Fabrikgebäude wurde errichtet und der Betrieb begann. Man muss zugeben, dass die Leute außerordentlich fleißig gewesen sind. Sie arbeiteten vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein. Es half nichts! Betriebsunkosten, Zinsen und Lebensunterhalt der Beteiligten erforderten mehr, als die gemeinsame Arbeit einbrachte. Das kleine Kapital, oder was von ihm nach Errichtung der Werkstatt noch zur Verfügung stand, war bald verzeehrt. Das Ende nahte erschreckend schnell. Ein ehemaliger Tischler machte die bedrängten Genossen den Versuch, sich mit ihren Gläubigern auf einen Teil ihrer Forderung zu einigen; sie boten 80 Prozent. Die Gläubiger, insbesondere der Erbauer des Fabrikgebäudes — übrigens selbst ein Genosse — lehnten ab, und der Konkurs war da. Unter den Gläubigern sind ganz kleine Leute, die ihre paar Groschen im Vertrauen auf die absolute Zuverlässigkeit sozialdemokratischer Reformrezepte hergegeben hatten. Außerdem stehen die Mitglieder der Genossenschaft und ihre Familien jetzt ratlos dem Winter gegenüber. Ob die wohlgefürsteten sozialdemokratischen Kriegsklassen eingreifen werden? — Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die bekanntlich in Bezug auf „Vorwärts“ allen anderen Blättern um eine Nasenlänge voraus ist und diese Notiz ebenfalls brachte, knifizierte daran noch die Bemerkung, es sei nicht anzunehmen, dass die schwerelichen Führer zur Rettung des Unternehmens oder gar zur Unterstützung der Familien beispringen werden. Dieser Notiz ist der Deutsche Holzarbeiterverband nachgegangen und hat festgestellt, dass die Genossenschaft und der ehemalige Gründer in großer Weise zur Arbeitbewegung stehen. Richtig ist nur, dass die Geschäftsführer früher Mitglieder des Holzarbeiterverbandes waren, als solche zu mancherlei Klagen Anlass geben und die Mitgliedschaft seit langem gestoppt haben. Mit einem Streik steht die Gründung der Genossenschaft in feiner Beziehung. Es hat überhaupt weder in Schweizingen noch in benachbarten Mainzheim zur Zeit der Gründung ein Streik stattgefunden. Die zusammengebrochene Genossenschaft hat also zur Arbeitbewegung genau soviel Beziehungen, wie etwa zum Bünd der Landwirte. Nur, dass im Bünd der Landwirte wirklich schwerliche Leute sitzen, deren Reichtum noch dazu durch die Auspionierung der Massen, durch Bollwucher und Liebesgaben entstanden ist. Den Herren vom Bünd der Landwirte liegt es also viel näher, der zusammengebrochenen Genossenschaft, deren Teilhabern man gewiss seine Teilnahme nicht versagen kann, beizutreten.

Ein Erfolg des Fabrikarbeiterverbandes. Die Arbeiter der Rohzuckerfabrik Friedenau (Pfalz) erreichten eine tarifliche Lohnregulierung durch die Organisation, den Fabrikarbeiterverband. Für circa 300 Beschäftigte tritt eine Lohn erhöhung von 12 Prozent ein. Daraufhin gab die Firma im Hauptbetrieb (Raffinerie) in Karlsruhe folgendes bekannt: „Es erhalten alle Beschäftigten im Alter, bis zu 16 Jahren 10 Pf., von 16—21 Jahren 20 Pf., und über 21 Jahren 30 Pf. pro Tag Lohn erhöhung“. Betroffen werden davon in der Raffinerie circa 1000 Personen.

Kommunales.

Sozialdemokratische Gemeindearbeit. Seit Beginn dieses Jahres hat Ilmenau eine sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat, gleich zu Beginn deren Tätigkeit bezeichnete es die bürgerliche Presse als „anerkanntesten“ Weise. Ob die Mehrheit auch die übrigen Mitglieder dem Stärkeverhältnis entsprach bei den Ausschüssen berücksichtigt habe. Das war, solange die bürgerliche Mehrheit bestand, nicht der Fall, man ließ die Sozialdemokraten von den wichtigeren Ausschüssen aus. Jetzt sieht sich ein nationalliberaler Blatt, die Thüringer Vorortzeitung (Nr. 257) auch genötigt, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit anzuerkennen. Das Blatt lässt sich aus Ilmenau schreiben:

Die neue Mehrheit im hiesigen Gemeinderat ist fleißig an der Arbeit, um Erfahrungen einzuführen. So hat sie bereits beschlossen, künftig zwei Polizeibeamte im inneren und zwei im äußeren Dienst zu sparen und an Stelle der ersten einen beförderten zweiten Bürgermeister einzustellen; auch im Schlachthof glaubt man ein bis zwei Beamte sparen zu können. Der Schlachthof, dass Gemeinderatsmitglieder bei Vergebung städtischer Arbeiten nicht mehr berücksichtigt werden sollen, hat zurzeit fast gar keine Bedeutung, da größere Unternehmer dem Gemeinderat gar nicht angehören und die beiden noch vorhandenen Handwerksmeister kein großes Interesse an städtischen Lieferungen haben.

Gemeindewahlen. Bei der Wahl in Friedenau erhielt das Zentrum 5755, die Nationalliberalen 5481, die Sozialdemokratie 1048 Stimmen. Das Zentrum verlor gegen die letzte Wahl rund 700 Stimmen, die Nationalliberalen gewannen 240, die Sozialdemokraten 307 Stimmen. Das Markanteste an der Wahl ist der Stimmenverlust des Zentrums, der auf die Wirkungen der Reichsfinanzreform zurückzuführen sein dürfte. — Die Stadtverordnetenwahl in Düsseldorf ergab die Wahl eines Zentrumskandidaten und Stimmengleichheit zwischen einem nationalliberalen und einem sozialdemokratischen Kandidaten, zwischen denen zu lösen ist, wenn nicht ein zweiter Wahlgang stattfindet. — Die Wahlen der 2. Abteilung in Rixdorf, Charlottenburg und Wilmersdorf endeten mit dem Siege der bürgerlichen Kandidaten. Bei der letzten Wahl gelang es uns in Rixdorf, in der 2. Wahlkammer durchzubringen, die Wahl wurde indessen für ungültig erklärt und dann das Wahlrecht geändert. Dadurch, dass diesmal in der 2. Wahlkammer nur alle diejenigen wahlberechtigt waren, welche ein Einkommen von 3000 M. bezogenen und 121 M. Steuern zahlten, ist die Wählerzahl der einzelnen Bezirke um die Hälfte der Stimmen zurückgegangen. So ging z. B. die Wählerzahl in einem Bezirk von 850 Wählern auf 450 Wählern zurück.

Soziales.

Keine Arbeitslosenversicherung in Halle. Der städtische Ausschuss in Halle a. S. beschloss, die Einführung einer Arbeitslosenversicherung abzulehnen, weil noch zu wenige Erfahrungen vorlagen, hingegen die Gründung eines zentralisierten Arbeitsschutzes in die Wege zu leiten.

Neue Steigerung der Schweinepreise! Nach der Preistendenz an den größeren Viehmärkten zu schließen, sind die Schweinepreise im Oktober von neuem in die Höhe gegangen. In Danzig z. B. betrug der Preis für 50 Kilogramm reines Lebendgewicht Ende Oktober 43 bis 54 M. während er sich Ende September auf 48 bis 58 M. gestellt hatte. Breslau weist einen Preis von 49 bis 59 M. pro

Es war um diese Stunde noch alles ruhig in der Stadt, fast schien es, als läge nach den stürmischen Ereignissen des letzten Tages und der verflossenen Nacht alles im Zustand tiefer Erschöpfung. So erreichte der Gauner unbehelligt den Ort der Zusammenkunft, doch musste er noch eine Weile warten, bis seine Komplizen, der kleine korporale „Wiener“ und der lange und künftige „Schloss“, auf dem bestimmten Platze auftauchten. Eine kurze Unterweisung des geübten Führers genügte für die beiden Spitzbuben, alles Rücksicht, würde er ihnen, wie er sagte, schon während der Fahrt mitgezuteilen imstande sein.

Nur dass wir einander nicht kennen — Wiener, du bist manchmal etwas unvorsichtig — ich bin der rumänische Oberst Joanescu — kein verträglicher Typ, verstanden? Und jetzt lohnt mir den Vortritt — wie durch nicht gemeinsam eintreffen, überhaupt nicht zusammen geschehen werden.“

Damit eilte der Pseudoberst seinen Geschworenen vorwärts nach dem Dampfer, dessen Anlegesteg ihm der junge Befreiter genau bezeichnete.

Gott sei Dank, er ist noch da, murmelte er vergnügt beim Anblick des statlichen Schiffes. Ist das die „Victoria“, guter Freund, wandte er sich der Siedlerin halber an einen eben der Landungshilfe zustrebenden Seemann.

Danke, Herr.

Und der Dampfer daneben?

Ein deutsches Schiff, der „Gutenberg“ —

„Fücht der gleichfalls jetzt ab?“

„Dort so was — wird aber nicht vor Mittag flott werden.“

Die Aufnahme des offenbar den vornehmsten Ständen zugehörigen Reisenden auf der „Victoria“ ließ in der Tat keine Schwierigkeiten. Der Kapitän hatte bereits zahlreiche Passagiere an Bord, meist in Odessa ausgestattet gewesene Ausländer, die sämtlich die Gelegenheit ergreiften, der im Bahnhofe keine Auslösung begrüßten Stadt so schnell als möglich den Rücken zu kehren. Es bedurfte nach Eintritt der Passagiere nicht einmal einer längeren Erklärung — ebenso wenig bei „Schloss“ und dem „Wiener“, die kurz nach dem „Grafen“ an Bord erschienen.

(Fortsetzung folgt.)

50 Kilogramm auf gegen 48 bis 57 Mt. vor Monatsfrist, die Steigerung beträgt also durchschnittlich 2 Mt. In Berlin ist es vornahmlich der Preis der besten Sorte, der in die Höhe gegangen ist; im Durchschnitt kosteten 50 Kilogramm Ende September 49 bis 54, Ende Oktober 48 bis 55 Mt. Auch in Magdeburg macht sich eine Erhöhung bemerkbar; der Preis betrug Ende September 48 bis 56, Ende Oktober 50 bis 57 Mt. An den Städten des Königreichs Sachsen fanden Ende Oktober wegen des Reformationsfestes keine Viehmärkte statt; in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen war der Schweinepreis aber bereits um die Monatsmitte in die Höhe gegangen. Hannover weist ebenfalls eine Preissteigerung auf. In Hamburg stellt sich der Preis Ende Oktober auf 42 bis 54½ gegen 42 bis 53½ Mt. Ende September. Frankfurt a. M. gehört ebenfalls zu den Orten, in denen eine Aufwärtsbewegung eingesetzt hat, während die bayerischen und rheinischen Orte teils die gleichen, teils niedrigere Preise aufweisen als Ende September.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Expressionsprozeß gegen die "Wahrheit". Der Verhandlung am Montag wohnte als vom Gericht geliebter Sachverständiger der Chefredakteur Böllrath bei, zu dessen Anhörung es aber nicht mehr kam. Auch in dem letzten zur Verhandlung stehenden Expressionsfall gegen das "Indienkino" verliefen die Zeugen vollständig. Unter diesen Umständen wurde auf die weitere Beweisaufnahme verzichtet. Der Staatsanwalt stellte fest, daß die Zeugen von einem Gefühl der Angst vor dem Angeklagten Bruhn besessen wären. Die Zeugen, die den Angeklagten Bruhn kennen, wußten genau, daß er den geringsten Widerspruch in ihren Aussagen verfolgen und für sich ausnützen würde. Es sei anzunehmen, daß die Zeugen eben nur aus Angst und deshalb vielleicht unbewußt mit ihren Aussagen zurückstehen. In allen Fällen sind die Zeugen völlig ungeschlossen. Allerdings moralisch stehen die Handlungen des Angeklagten nicht besonders hoch. Sandorf wurde von dem Augenblick an nicht mehr angegriffen, von dem ab er der "Wahrheit" Inserate gab. In der Tagespresse werden Inserate zum Zwecke der Reklame ausgegeben, der "Wahrheit" gebe man Inserate, um sich vor Angriffen zu schützen. Im Falle Wolf-Wertheim liegt objektiv der Tatbestand der Erpressung vor. Allein es fehle der subjektive Beweis für die Schuld des Angeklagten, und deshalb könne auch hier eine Verurteilung nicht erfolgen. Es sei sehr bedenklich, daß die Geschäftswelt durch die "Wahrheit" sich bedroht fühle und in der Hingabe von Inseraten ein Schuhmittel erblickt. Der Angeklagte genieße den Ruhm, daß sein Blatt ein Schrecken für die Geschäftswelt in Berlin geworden sei. Der Verteidiger Rechtsanwalt Bredereck bemühte sich eifrig, den Bruhn völlig rein zu waschen; ein Versuch, der nach Lage der Dinge natürlich nicht gelingen konnte. Am Dienstag findet noch die Replik des Staatsanwalts und die Duplit der Verteidiger statt. Daß die Angeklagten freigesprochen würden, stand bereits seit einigen Tagen fest. Der antisemitische Reichstagabgeordnete Bruhn ist nicht in der Art plumper Erpresser vorgegangen, sondern hat die Sache viel feiner gedreht; so fein, daß kein Gericht ihm mit den gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen bekommen kann.

Durch Misshandlungen und Schikanen zum Selbstmordversuch. Mit einer bemerkenswerten Angelegenheit hatte sich das Dresden e. Kriegsgericht zu beschäftigen. Am 15. August unternahm der Soldat Skala vom 103. Infanterie-Regiment in Bayreuth einen Selbstmordversuch. Mit einer Messerkugel wollte er seinem Leben ein Ende machen; der Plan wurde aber verhindert. Nach der Urkunde zum Selbstmordversuch gefragt, gab der Soldat an, er sei vom Unteroffizier Hörring und auch von anderen Vorgesetzten schlecht behandelt worden. Darauf deutete auch ein Brief hin, den der Soldat kurz vor dem Selbstmordversuch an seine Mutter geschrieben hat. Es heißt darin, „man lasse mich zur Verzweiflung“ und „ich werde von niedrigen Subjekten verfolgt, die kein Ehrgefühl im Leibe haben“. Es wurde festgestellt, daß der Soldat zwei Tage zuvor vom Unteroffizier Hörring sehr schlecht behandelt worden war. Der Soldat wurde aus geringfügigem Anlaß an Arme und Brust gepackt, ihn und her geschüttelt und zurückgestoßen, daß er gegen eine steinerne Bettschelle fiel. Unmittelbar danach wurde der Soldat beim Abmarsch vom Unteroffizier in schmerzhafter Weise in den Rücken gestoßen. Aber auch schon früher hat der Soldat mehrfach unter schlechter Behandlung leiden müssen. Von mehreren Unteroffizieren ist er kumpf, katholisches Lüder und albernes wendisches Gesicht genannt worden. Schikaniert wurde der Soldat mehrfach dadurch, daß er bedeutend mehr als andere Soldaten zum Revierreinigen und Abscheuern herangezogen wurde. Beim Appell hat der Unteroffizier in Gegenwart des Soldaten zu einem Sergeanten gehäuzert, der (Skala) ist ein großer Quip, der dem man sich vorsehen und den man nicht beobachten mög. Auch sonst ist der Soldat zu mancherlei Dienstverrichtungen herangezogen worden, daß ihm manchmal kaum Zeit blieb seine Kleidungsstücke in Ordnung zu bringen. Er zeigte deshalb oft ein sehr gedrücktes Wesen. Bei einer Gelegenheit hat der Unteroffizier zu Skala gesagt: „Ich werde Dir das Leben schon sauer machen. Du sollst keine frohe Stunde mehr haben.“ Der Soldat, der offenbar etwas gedächtnisschwach ist, kann sich auf einzelne Vorgänge nicht mehr besinnen und macht verschleiert andere Angaben, als in der Voruntersuchung. Es mußten deshalb leider einige Punkte aus der Anklage ausscheiden. Der Unteroffizier wurde wegen vorsätzlichiger Behandlung und Beleidigung eines Untergebenen zu sechs Tagen mit kleinen Strafe verurteilt.

Ein Schreckendurteil wurde am Donnerstag vom Kriegsgericht der 25. Division in Darmstadt gefällt. Der Dragoner Johann Adam Köppel war am 16. Oktober zu seinen Eltern nach Budenheim beurlaubt. Er kam ziemlich ungetrunken in die Kaserne und legte sich in sein Bett. Einen Freitzen, der ihn weckte und die Decke wegzieg, lud er in seinem Dusel zunächst zur Schweihe ein und trat nach ihm. Später wurde Köppel im Stall vom Wachtmeister Arndt wegen seines Verhaltens zur Peote gestellt. Auch dem Wachtmeister gegenüber äußerte er sich missmutig über den Gefreiten und schwärmte wieder auf ihn. Wegen Achtungsverlegung, Beleidigung und Gehorlamßerweigerung vor das Kriegsgericht gestellt, entschuldigte der Dragoner sein Vergehen mit „finnischer Freiheit“. Das Gericht nahm wohl Sympathie an, ließ aber nicht gelten, daß der Angeklagte simplos bestunken gewesen sei. Es erkannte wegen der an und für sich geringen Vergehen auf die außerordentlich hohe Strafe von einem Jahr und 14 Tagen. Gefangen ist!

Warum ein Gentmant die Roseline zieht? Wir lesen in der bürgerlichen Presse: Ein Brachdauer Alianenteinant fuhr auf der Straße Kassel-Bebra-Halle 1. Klasse. Als überfahrt unterwegs Reisende 2. Klasse in die 1. Klasse gedreht wurden, zog er unterwegs die Roseline und brachte den Zug zum Stehen aus Entzürnung mit diesem Plebeskum aus der 2. Klasse fahren zu müssen.

Vom Amtsgericht Kassel wurde er zu 70 Mt. verurteilt. Der Strafkammer erschien auf seine Berufung diese Strafe zu hoch, so daß sie sie auf 50 Mt. herabsetzte. Vor dem Ziehen der Notbremsen hatte er sogar vom Zugführer in einer erregten Auseinandersetzung die Entfernung der Reisenden verlangt. — In der Tat: der preußische Leutnant ist unmachbarlich, darin hat Bismarck recht.

Wieder einer! Das Schwurgericht in Saarbrücken verurteilte den Kreissparkassenrentenden Friedrich Wille in St. Wendel wegen Unterschlagung von 180 000 Mt. zu vier Jahren Zuchthaus.

Aus Nah und Fern.

Die Bluttat des Einbrechers. Aus Berlin wird berichtet: Unter dem Verdacht, in der Nacht zum Montag in der Potsdamerstraße den Überfall auf das Ehepaar Tschle begangen zu haben, wurde Montag nachmittag der Arbeiter Paul Tippe aus Schöneberg in der Sedanstraße verhaftet. Ein Zeuge teilte der Kriminalpolizei vormittags mit, daß ihn vor einiger Zeit ein Mann auf dem Arbeitsmarkt habe versöhnen wollen, an dem Einbruch in die Wohnung der Tschleben teilzunehmen. Die weiteren Befunden des Zeugen führten alsdann zur Verhaftung des oben genannten Arbeiters, dessen Schwester früher einmal bei den Tschleben als Dienstmädchen in Stellung war. Wie eine spätere Meldung besagt, hat der Gärtner Paul Tippe abends nach hartnäckigem Leugnen eingestanden, den Einbruch in der Potsdamerstraße verübt und die Tschleben niedergeschossen zu haben. Tippe behauptet, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die Tschleben zu töten; sie seien aber auf ihn eingeschwärmt, hätten ihn gepackt und fortwährend um Hilfe gerufen. Seiner Sinne nicht mächtig, habe er blindlings losgeschossen.

Moabit im Belagerungszustand. Dem Vorsitzenden der dritten Strafkammer in Berlin, Landgerichtsdirektor Lieber, sind angeblich in den letzten Tagen zahlreiche Drohbriefe zugegangen, die sich dahin aussprechen, daß Herr Lieber mit der Übernahme der Moabiter Prozeß sein Leben aufs Spiel setze würde. Es wird gedroht, daß man das Kriminalgerichtsgebäude demoliere oder in die Luft sprengen würde. Allem Anschein nach handelt es sich hier um groben Unsinn oder um das Werk von Polizeispiegeln. Die Polizei scheint diese Briefe furchtbar ernst zu nehmen, denn es wurden für die Tage der Verhandlungen die umfassendsten Vorbereihungen getroffen. Das Kriminalgerichtsgebäude wird in seiner ganzen Ausdehnung durch Polizeikordon abgesperrt werden, und sämtliche Portale werden mit einer größeren Anzahl Schuhleute in Uniform und in Zivil besetzt. Der Eintritt zur Verhandlung ist nur den Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern, den Zeugen und den mit besonderen Eintrittskarten versehenen Personen gestattet. Außerdem will sich die Polizei die 426 Zeugen, die geladen sind, recht genau anschauen, in der Hoffnung, unter ihnen noch Teilnehmer an den Krawallen zu entdecken. Daß die Polizei diese Absicht hat, ist ihr ohne weiteres zuzutrauen. Denn für sie wäre es sehr bequem, wenn man die Entlastungszeugen, die sicher nicht zugunsten der Polizei aussagen können, einfach als der Teilnahme verdächtig nicht vereidigen würde.

Schülerselfstmord. Ein 15jähriger Lettianer aus Berlin, der in einem Havelberger Pensionat untergebracht war, hatte sich das Dresdener Kriegsgericht zu beschäftigen. Am 15. August unternahm der Soldat Skala vom 103. Infanterie-Regiment in Bayreuth einen Selbstmordversuch. Mit einer Messerkugel wollte er seinem Leben ein Ende machen; der Plan wurde aber verhindert.

Soldaten als Treiber. Zur Hoffag d. r. v. bei Oranienburg zu Ehren des Barons Nikolaus am Sonnabend eingeweiht werden soll, sind nach der Meldung eines Lokalblattes 850 Soldaten vom Garde-Garderegiment kommandiert worden, die tagelang damit beschäftigt gewesen sind, die 1800 zum Abschluß bestimmten Stücke Wild zusammenzutreiben und „einzulappen“. Außerdem 120 Männer haben die Obliegenheit, am Jagdtage mit Rücksicht auf den Haren die Zugangspunkte zum Jagdgebiet zu bewachen. — Selbst ein gut billige licher Blatt bemerkt hierzu: Unseres Erachtens sind die vom deutschen Volke bezahlten und unterhaltenen Soldaten nicht dazu da, bei Hoffagdienst Treiber und sonstige Dienste zu verrichten. Daß sie für diese Zwecke aber tagelang verwendet werden können, und gerade jetzt während der ersten Recrutenperiode, wo der Dienst besonders kompliziert ist, beweist aufs neue, daß die zweijährige Dienstzeit noch sehr gut eine weitere erhebliche Kürzung vertragen kann.

Braunkatastrophe in einer kanadischen Irrenanstalt. In der Regierungs-Irrenanstalt in Brandon in der kanadischen Provinz Manitoba spielten sich Freitag nach dem gemeldeten Brand furchtbare Szenen ab. Die Anstalt wurde vollständig durch Feuer zerstört. Über sechshundert Patienten befanden sich, laut in London eingetroffenen Meldungen, zur Zeit des Ausbruchs des Feuers in der Anstalt, und die meisten waren sich der drohenden Gefahr bewußt. Sie machten die verhältnismäßigen Anstrengungen, zu entfliehen, wichen sich auf ihre Anstalts-Kameraden, räumten sie nieder und traten sie mit den Füßen, indem sie einen Höllenlärm vollführten. Die Zahl der Verletzten war durchaus ungünstig, um den von der Angst um ihr Leben zur Verzweiflung getriebenen Unglücklichen beizukommen und ein systematisches Rettungswerk vorzunehmen. Mehrere der Patienten sprangen aus den Fenstern und verletzten sich schwer. Eine große Anzahl aus der brennenden Anstalt entkommener Freiwillige treibt sich in der Stadt oder auf dem Lande in dem herrschenden Schneefurm umher. Obwohl ein ganzes Heer von Polizisten und Stadtbewohnern ausgeschwärmt ist, um die Unglückslichen wieder einzufangen, ist dies erst teilweise gelungen. Das Einfangen der durch das Feuer auf höchste Ereignis ist nicht ungewöhnlich. Viele der Insassen der Anstalt erkannten die Gefahr nicht und machten keine Anstrengung zu retten. Sie freuten sich über die knisternden, flackernden Flammen, die sie mit jubelndem Geschrei umsprangen, bis alle Rettung unmöglich wurde. Verschiedene heroische Rettungsversuche wurden von Feuerwehrleuten und anderen Anwesenden gemacht; die meisten waren aber vergeblich. Der Verlust an Menschenleben dürfte daher sehr erheblich sein.

Spiionage. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Frankfurt. In den letzten Tagen kamen an der italienischen Grenze abermals mehrere Verhaftungen wegen Spionage vor. Die letzte Verhaftung betraf einen Kaufmann aus Val de Mito, der von Garibaldi wegen angeblicher Ausspähung italienischer Fortifikationen festgenommen worden war. Es soll sich unter den fiktiven Verhafteten auch ein österreichischer Hauptmann befinden, der während der Fahrt auf der Val Sugana-Bahn verschiedene photographische Aufnahmen gemacht.

Kriegsfall. Aus Graz wird gemeldet: In der hiesigen Universität verteidigte sich eine 24 Jahre alte Lehramtkandidatin, weil sie die Prüfung in der Mineralogie nicht bestand. Als sie den Prüfungsaal verließ, trank sie ein

Fläschchen mit Cyanal aus. Sie ist die Tochter des Bezirksrichters in Innsbruck.

Untergang eines holländischen Dampfers. Die norwegische Zeitung „Verdens Gang“ meldet aus Tromsö: Der hier eingetroffene norwegische Dampfer „Gisla“ berichtet, daß der große holländische Dampfer „Gamm“ im Welken Meer bei heftigem Sturm mit der gesamten Besatzung untergegangen ist. Man weiß, daß das Achterschiff mit der Schraube in die Luft erhob, worauf das Schiff im Laufe einer Minute sank. Bei dem Sturm war jede Hilfsleistung unmöglich.

Literarisches.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 22. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir:

Bilder: Das letzte Ausgebot. Frei nach Pestregger von G. E. — Der gelbe Bauchredner. Von R. Wolf. Der Streit der Schwarzen. Von G. E. — Gottgewollte Abhängigkeiten. — „Es mucks in treuer Gärtnerhut.“ Von M. Engert. — Die letzte Parade auf dem Tempelhofer Feld. Von G. E. — Zeitgemäßes Volkslied. Von M. Engert. — Der Karoß. Von G. Delling. — Das zerbrochene Instrument des Herrn. Von M. Banselow. — Der Streikbrecher. Von G. E. — Das protestantisch-patriotische Glückideal. Von M. Banselow. — Landschaft. Von G. Sydow. — Das Reisegeld des Kronprinzen. Von R. Wolf. — Universitätsjubiläum. Von G. E. — Der galante Agarier. Von R. Wolf. — Aus dem dunklen Deutschland. — Abgesertigt. Von R. Wolf. — Eine Utopie. Von Th. Frank.

Zeigt: Hinze. Von Tobias. — Das schwarze Meer. Von P. L. — Die politische Ortschule von P. L. — Patriotische Schultäten. Von Kl. — Staatsstreich. Von H. Fl. — Gleichnis. Von A. T. — Lieber Jakob! Von Gottlieb Naute. — Alma mater Berolinensis. Von R. Orgler. — Ein Märtyrer. — Die feindlichen Kardinäle. Von Mag. Hagit. Von Fritz Sänger. — Gerechtigkeit. Von T. — Nikolaus gegen den Wahren Jacob. — Herbst. Von H. Trapp. — Das Mordloster. Von P. E. — Trost. Von H. Fl. — Der Maßstab. Von T. — Usw. usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteur zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 3 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vom guten und bösen Willen. Von J. B. — Die Beschlüsse der Reichsversicherungsordnungskommission in der ersten Lösung. I. Der Kreis der Versicherten. Von gh. — Zweite Tagungen bürgerlicher Frauenschülerinnen. II. — Scheidung der Ehe. II. Von Ernst Oberholzer. — Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsstatistik für 1909. Von R. S. — Der Kampf auf den Schiffsdecken, ein Warnungsiegel für die deutsche Arbeiterklasse. Von g. b. — Das Arbeitsprogramm der österreichischen Genossinnen. Von a. p. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht von der Frauenkonferenz des westfälischen Westfalen. — Bericht der Kinderfürsorgekommission für Mügeln, Heidenau und Dohna. — Vom Deutschen Sozialdemokratischen Gesellschaftsverein Bari. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Bewegung in der Holzindustrie. Von tk. — Aus der Tertiärarbeiterbewegung. Von h. j. — Ein Sieg der weiblichen Kettenschmiede in England. — Notizen Teil: Dienstbotenfrage. — Frauenkimmrecht. — Berichtenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Schmucktitten in der jüngsten Steinzeit. Von Hannah Levin-Dorsch. — Die Masken Groß Reiners. Roman von Jacob Wassermann. Von Dr. Ida Axelrod. — Freisleton: Wir Arbeitsfrauen. Von Emma Döhl. — Der Apothekerüberfall. Von Owen Miller. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Die Tatra. Von Franciszek Nowicki. (Gedicht.) — Die Mondharfe. Von Ernst Preysang. — Das Leben der Indianer in den Urwäldern Brasiliens. Von G. B. — Die Höhe. Von K. Letmathe. (Gedicht.) — Der Lügner. Von Walter Kornic. — Das Eichhörnchen und andere Nutzknacker. (Schluß.) — Von den Schildbürgern: Der Rathausbau. III. — Vom lustigen Grasmücklein ein lustiges Stücklein. Von Friedrich Bill. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen, beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Beistellgeld 55 Pf.; unter Kreuzbond 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mt.

Fritz-Reuter-Kalender auf das Jahr 1911. Herausgegeben von Karl Theodor Gädert. Gebunden 1 Mt. gebunden 2 Mt. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung. Theodor Weicher. Die Ausstattung ist die bewährte alte Reicher-Bilderschmuck an Originalzeichnungen, Ansichten, Porträts und Silhouetten illustriert wieder den diesmal besonders mannigfaltigen Inhalt des Textes. Ein Füllhorn neuen Materials aus dem Nachlaß des am 7. November 1810 geborenen Poetendichters wird hier ausgeschüttet, zur freudigen Überraschung seiner zahllosen Verehrer und Verehrerinnen. Fürwahr kein besseres, schöneres Angebinde zur hundertsten Wiederkehr seines Wiederauftretens gibt's als gerade diejenigen Jubiläumsfragmente! Nicht weniger als zweihundzwanzig ausgewählte, bisher ungedruckte Briefe gewähren tiefe Einblicke in sein Herz und Gemüt, sein Leben und Schaffen in seine Welt. — klare, hellstrahlende Farben, vollwertige; ja es sind wohl die ruhendsten und heitersten Episoden, die Reuter überhaupt geschrieben hat, gerichtet an Verwandte, Lehrer, Freunde und Bewunderer, in vertraulichen Beitschriften. Dann ein Kranz nie zuvor gedruckter Gedichte, zum Teil hochdeutsch, zum Teil im Dialekt allerlei Sang und Lied, lyrisch, satirisch, launig und lustig. Kultur- und literarhistisch, auch menschlich interessante Aufsätze behandeln den originellen Rektor Schäfer in Stavenhagen, ein Lebensbild aus Reuters Jungparadies, ferner die Beziehungen des mecklenburgischen Humoristen zur Hansestadt Lübeck als Organisation der Hamburg und Bremer Befestigungen im vorigen Jahrhundert, dann unter dem Titel „Vierzig Jahren“ Reuters Beteiligung am Lippische Befestigen zu Schleswig und Trug 1870. Unter den sonstigen Beiträgen verdient Hervorhebung der „Gespräch aus Reuters Feder mit Goethes Faust“. Wer dieses bringt, wird jedem etwas bringen. Dieser Jubiläondienst der hundertsten Reuter-Kalenders ist so recht eine Wiegung, eine Belohnung für hundertjährige Heiter der Geburt unseres Fritz Reuter und wird tausenden und aber tausenden ein liebliches Buch sein und bleiben.

Veröffentlichungen

Für den Preis sind gingen ein: O. D. — 40. Aufl. Die Expedition. Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: C. h. Schmid. Druck: A. L. Meyer. Gedruckt in Lübeck.

A. N.
Becker

Uhrmacher

Uhren und

Goldwaren

Spezialität:

Trauring

Holstenstr. 32

Piano-Magazine
Haussmann Johannstr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.

F.W. Kaibel, geb. Pian. in all. Preis!

Empfehlensw. Restaur.

Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Gasthof am Kreuzweg,

E. Cords, Seeretz.

Ross-Schlächter.

Heini. Bibow, Lübeck, Krahent. 16.

Pa. Robfleischwaren.

Ob. Trav. Tel. 1664.

H. Dieckvöß, Sp.: Robfleischwaren.

Loingrabenstr. 8.

Maril. - ff. Beef-

steaks frisch v. Eis.

Dankwartiger. 34.

Tel. 958. Täglich

frische Scheiben und Gehacktes.

Fischergr. 10.

H. Wulff, Telephone 1149.

H. Jäde, Schwartau, Rantzen-Allee.

Schirme u. Stöcke

E. Peterich, Pfeffen, Schwartau.

Schreibwaren

Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.

Th. Linn, Clockengießerstr. 29.

M. Maxein Wwe., Moisig. Allee 40a.

Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.

Otto Wessel, Moisig. Allee 4a.

H. Brunn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren

Herm. Bade, Lübeck, Marienstr. 2.

Bauernfeind, Mühlenstr. 34.

E. Baer, Marlesgrube 4 and 38.

Reiferstr. 3, b. d.

Schwartz. Allee.

W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr.

Schwartzauer Allee, Eck Geverdesst.

Balauerfohr 5.

P. Beeck, Maß. Reparaturen.

Schwartzauer Allee 4.

Carl Buchholz, Record-Stiefel.

Friedr. Busch, Schuhwaren-Haus.

Mühlenstr. 27.

H. Fehlauer, Engelsgrube 81.

Franzen & Co., str. 16.

Zum billigen Schuhladen,

W. Kracht, Pfaffenstr. 15.

F. Meyer, Huxterdamm 2.

Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.

Raetz & Kremm, Georgstr. 40.

Chr. Robien, Schönekenquerstr. 25.

H. P. Chr. Schleuß, Schlum.-Str. 31.

Rudolph Karstadt, Eutin.

Richard Wagner, Reinfeld.

J. Ramm, Schlutup.

A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.

Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trav.

Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-Eisenwaren

Otto Boier, Schleifer u. Siebmacher.

Fackenbg. Allee 10b.

Franz Goenzmer, Fernruf 1031.

J. F. B. Grube, am Markt.

Martin Jürgens, Unt. Hix.

H. Hönbogen, str. 105.

Hohlschleiferei, Sp.: Rasiermesser.

Carl Rittscher, Holstenstr. 34.

F. Wichmann, Huxstr. 46. Sol. Stahlw.

Tapeten, Linoleum

Carl Beuleke, Lübeck, Königstr.

48b. Tapeten-Reste.

Fritz Rehm, Beckergrube 20.

E. Niese, Schwartau, Lib.-Str. 52.

Trikot, Strumpfw.

E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 25.

H. Hornbogen, str. 71.

Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Flunhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren

Johs. Bernhardt, Huxstr. 25.

August Böttner, Uhrmacher.

H. Schmitz, Huxstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinz Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Reest, Huxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Uhrmacher.

Breitestr. 55.

Heinr. Schultz, Johannstr. 13.

Will Westfehling, Holstenstr. 40.

Ad. Hübner, Fünfhausen 13.

H. C. Lemke, Oldesloe, Langest. 52.

H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.

Otto Eggers, Lübeck, Huxstr. 43.

Weine, Spirituosen

F.G. Ahrens

Fr. Geist, Lübeck, Hirland 8, T. 1935.

I. Höppner, Beckergrube 66.

Fischergrube 43, empfiehlt

Prima Weine und Spirituosen.

Wilhelm Rahroth

Untertrave 113.

Beste Qual zu billigen Preisen!

M. Kranz, Schlutup, Weissestr. II.

Als bekannt als gut u. billig!

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlenG.
Stooss
Fischer-
grube 25Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gasheiz., Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.Schuhwarenhaus A. Popp, Breite-
str. 7.

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Erscheint dreimal wöchentlich

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 August Schoero Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972.
Hüxstr. 22/24. Tel. 8976.
Warendorpr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
Parcevalstr. 32. Tel. 8978.

Brauereien
Chr. Bade, Hüxstr. 128.
Paul Flemming, Engels-
grube, grube 62/64.
Elmer, Braun- und Doppelbier.
L. Hochbaum, und Elmerbier.
Grabow, Nethbier Haus, Bierver.
L. Meyenborg, Warendorpr. 52/54.

Adolf Osbahr,
Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 87.

Braunbier
Hermann Stämer, Schwartauer Allee No. 3b.
F. Weiermüller, Schwartauer Allee No. 3b.
Elmerb. b. Meyenborg, Warendorpr.

F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Kühl, Hüxstr. 34. Lieferant.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Art. z. Krankenpf.
F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Kühl, Hüxstr. 34. Lieferant.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Bithelsen, Königstr. 111. Tomb., Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmester, Lübeck, Lügstr. 49.
Dampfbäckerei, Kondit.

Dampfbäckerei Hansa,
J. C. D. Jungs & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
Fischer.

J. Eixmann, grube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.

Wih. Bäker, Beckenbg. Allee 90.
F. Kasch, Fleischhauerstr. 52.
H. Neelmann, Schium.-Str. 1. Sp.:
Helmer. Tamm, Wickedestr. 22.
L. Reinbold, Eutin, Kleister. 34.
L. Reinbold, Voll-, Fein-, Brötzbäckerei.
Moisling, Grob.
Fr. Warnecke, Breitestr. 15.
Hans Wegener, Wahnstr. 10.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Fär. Wäsch.
H. Karsdorff, Lübeck, Holstenstr. 20, Warend.-St. 30.
C. Monica, Kupferschmiedest. 13.

Cigarrenhandl.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
F. Böttcher, Fackenb. Allee 11.
Carl Ehrlert, Schwartz. Allee 85.

Conrad Kärtner,
Hüxstraße 126.
Ludw. Hartwig, Ob. Trav. 8.
M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 30.
D. Kiecke, Königstr. 64. Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
F. Langermann, Mühlenbrücke 4.
Paul Burkhardt, garett, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpr. 19a.
A. Riecken, cig.Fab., Schw. Allee 63.
Ota Wahnsch., hochfl. 6-PL-Cigare.
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerau, Joh. 29.
Wih. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.
C. Brünig, Cigarettenfabr., Reinfeld.
H. Timm, Schwartau, Lib.-Str. 2.

Dam.-Kleiderstoffe
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brockessir. 25.
L. Dave, Gr. Burgstr. 32.
H. Fries, Schwartauer Allee.
Alb. Meineke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kunkel, Schlutup.

Bettfedern
Kohlmarkt, Lübeck, grube 4.
H. Faisch, Besantur, Electric.
Gr. Gröpelgrube 14.

Hansa "J. Dettmann", Beckenbg. 51.
W. Hinze, Schlossstr. 32.
I. Jakkont, Warendorpr. 21.
Joh. Petersen, Schmiedest. 3.
Joh. Steffen, Warendorpr. 13.

Betten, Bettfedern
Kohlmarkt, Lübeck, grube 4.
Ernst Diederichs, Brockessir. 25.
L. Dave, Gr. Burgstr. 32.
J. Kreyes, Schwartauer Allee.
Alb. Meineke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kunkel, Schlutup.

Brasieren

Printz &
Adler-Bier.

Alton-Bier und Lübeck
Lübecker Biergerbeiter, Brauerei.
M. Helmsen, Hüxstr. 7a.
H. A. Wulf, Untertrave 92.
Fischerstr. 24.

Lübecker Hansa
Hans Struve, Königstr. 89.
Bier.

Fahrr., Nähmasch.
Franz Busse, Wahnsch. 42.
Rich. Alfstr. 31.
Schwarz, Allee 99.
Elg. Repar.-Werkst.
Or. Burgstr. 15.
Hugo Meier, Wahnstr. 21.
SL. Gottfried-Fahrradhaus, Aralstr. 12a.
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Hüxstr. 54. Johannestr. 15.
O. Störzner, Mangel, Wasch- u. Wrings.
Friedenstraße 1.

Gitarre, Nähmasch.
Th. Vedder, Sämtliche Reparaturen für Fahrräder u. Nähmasch. werden gut und billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
Johs. Marks, Schlutup.

Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck, Marlesgr. 16.
Tel. 1136. Glas, Porzellan u. Stengut.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.

Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck, Hüxstr. 26.
A. Braun, Goldschmied, St. Petri 16.
Johs. Tolligreve, Goldschm., Königstr. 92.

Kolonial-, Fettwar.
Karl Barkmann, Schlutup.
P. Draguhn, Schwartau, Lib.-Slb.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, Seeretz.
Heinr. Loppenthien, Seeretz.
J. U. Krüger, Travemünde.

Kino - Salon

Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platz. Volendestse Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Korbw., Kinderwag.
K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
Wih. Oldenburg, Hüxstr. 90.
J. Red

Für unsere Küche ist nur das Beste gut genug!

sagt die erfahrene Mutter zu ihrer Tochter. Wir verwenden deshalb nur MAGGI-Würze. Dann wissen wir, was wir haben!

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Berb. d. Handels- u. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Lübeck.

Am Freitag nachmittag 5 Uhr ist unser Kollege

Carl Henze

im Allgemeinen Krankenhaus gestorben.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 9. ds. Ms., nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus statt. Treffpunkt der Kollegen um 2 Uhr im Weizen Hirsch.

3. L. Jan. eine abgeschl. 3-Zimmer-Wohnung mit sämtl. Zubeh. z. verm. Mrt. 200 M. Loibnigstr. 18. Näh. das. p. Zum 1. Januar eine 2-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Preis 160 M. Schönkampstr. 14a.

Arbeiterinnen
für die Marinieranstalt
gesucht
Aug. Schumacher
Gmelinstraße 8.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt

J.H. Stoß, Engelsgrube.
Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Möbi-
lien, Stoß usw. im Lagerhaus und
Speditionsgeschäft Sicherer. 52.

Zahle die höchsten Preise
für Handarbeitsstücke, Eisen,
Metalle und Zeitungen. Post-
karte genügt.
Kontakt 2030. Waisenhoferstr. 25.
Deutscher.

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 9. November,
abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über das Ergebnis der
Verhandlungen der Preiswertekommission und Abrechnung vom
Streich und Auspeitung.
2. Kartellbericht.
3. Abrechnung vom Ball.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Ausspielen
von
seinen Gütern, Räumen
und Ausstattung
auf einem Schäßburg
am Sonntag, dem 13. Novbr.
Beginn morgens 11 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Dieser Betrieb befindet sich

Kob. Mihr,
Werkstätten für
Metallarbeiter.

Telefonisch 52-1111.

<